Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

79 (3.4.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-453002

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 21,75 Mark, dazu 2,25 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 22,00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 60,00 Mark, monatlich 20,00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 1 Mk.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend mit 100 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 1,50 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 5,00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt — Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 | Rüstringen, Montag, 3. April 1922 * Nr. 79 | Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr. 58

Die Berliner Sozialistenkonferenz.

Am Sonnabend trat im Berliner Reichstagsgebäude die schon angekündigte vorbereitende Sitzung für die internationale Konferenz, die am 2. April beginnt, zusammen, um die technischen Vorbereitungen zu treffen. An dieser Sitzung nahmen von der Exekutive der Zweiten Internationale Mac Donald-London, Vandervelde-Brüssel und Wels-Berlin; von der Kommunistischen Internationale Frossard-Paris, Radek und Klara Zetkin-Berlin; von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (ZASP.) Adler-Wien, Brack-Paris und Crispien-Berlin teil. Als Uebersetzer fungierten De Man-Brüssel und Grimm-Bern.

In der Konferenz kam eine vollständige Einigung über die technischen Details zustande. Die Zahl der Teilnehmer wurde für jede der drei Exekutiven auf 10 festgesetzt, außerdem haben Mitglieder der Exekutiven das Recht, als Zuhörer an der Konferenz teilzunehmen. Von Parteien, die keiner der drei internationalen Organisationen angehören, wurde nur die italienische Partei, da die Abhaltung der allgemeinen internationalen Konferenz in Italien in Frage steht, zugelassen, und zwar ein Mitglied mit beratender Stimme und zwei als Zuhörer. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich, jedoch für die Vertreter der sozialistischen Presse unter der Verantwortung der betreffenden Exekutive zugänglich. Von den Verhandlungen wird eine vollständige stenographische Aufnahme gemacht. Verhandlungssprachen sind: Deutsch, Englisch, Französisch. Die Uebersetzungen sollen für die Redner jeder Delegation von dem von ihr gestellten Uebersetzer vorgetragen werden.

In der am gestrigen Sonntage im Reichstagsgebäude zusammengetretenen Konferenz hielt Friedrich Adler aus Wien die Eröffnungsansprache. Die Konferenz sei, so führte Adler aus, der erste Versuch aller Arbeiter, um über die die Arbeiterschaft berührenden Fragen zu einer gemeinsamen Aktion zu gelangen. Darauf sprach Klara Zetkin. Sie gab namens der Kommunisten eine Erklärung ab, nach der es notwendig sei, eine Einheitsfront des ganzen Proletariats zu schaffen, weil die Bourgeoisie der Ententeländer darauf hinaussehe, alle Kriegslasten den deutschen und russischen Arbeitern aufzubürden. Gehoben sei, noch vor der Genueser Konferenz alle Sozialdemokraten der Welt zu einem Protest gegen die Bedrängung des Kapitals aufzurufen, den Achtstundentag zu sichern usw. Vandervelde als Vorsitzender der zweiten Internationale betonte, auch diese sei für eine einheitliche Front. Dringend not sei aber erst einmal das gegenseitige Vertrauen, und solange noch in Rußland die Sozialdemokraten in den Kerkern schmachten, so lange existiere dieses Vertrauen nicht. Darauf bemerkte Radek (aus Rußland), auch die Kommunisten hätten zu Vandervelde kein Vertrauen. In den verschiedensten Ländern lägen Kommunisten in Gefängnissen. Sobald man diese freigebe, könne auch die russische Angelegenheit zur Sprache gebracht werden.

Bemerkung der Redaktion: Der vorstehende Bericht ist und heute morgen durch Wolff übermittelt worden; er wird zweifellos in seinem Kern zutreffen. So bedauerlich es ist, daß zwischen den Sozialdemokraten beider Richtungen einerseits und den Kommunisten andererseits eine gedeihliche Aussprache nicht möglich scheint, so war solches doch schon von vornherein anzunehmen. Radeks Vergleich bezüglich der in Deutschland inhaftierten Kommunisten mit dem Schicksal der Sozialdemokraten in Rußland hinkt natürlich. In Deutschland und auch in den anderen in Frage kommenden Ländern haben die Sozialdemokraten, abgesehen von Rechtsfragen, gar nicht die Macht, eine allgemeine Begnadigung eintreten zu lassen, in Rußland aber liegt diese ganz in der Hand der Freunde Radeks! Das ist doch immerhin ein Unterschied.

Nach Radeks Ausführungen wurden die Besprechungen auf den heutigen Montag vertagt.

Karl von Habsburg gestorben.

In Funchal, auf der Insel Madeira, wohin Karl Habsburg nach seinem zweiten ungarischen Putsch gebracht worden war, ist der letzte Kaiser der einstigen Donaumonarchie, 34 Jahre alt, an den Folgen einer Grippe gestorben. Karl war der Neffe des in Serajewo erschossenen österreichischen Thronfolgers und als solcher nach dem 1916 erfolgten Tode des alten Kaisers erbberechtigt. Eine eigene politisch bedeutsame Rolle hat er eigentlich nie gespielt. Während des Krieges wurde er durch andere veranlaßt, Sonderfriedens-Tastelmachtelschritte über Belgien unternehmen zu lassen, wobei er bekanntlich arg abfuhr, noch schlimmer erging es ihm bei seiner letzten Reise nach Ungarn. Von dort, wohin er aus dem Schweizer Asyl gekommen war, ließ ihn die Entente auf die spanische Insel bringen, auf der er jetzt gestorben ist. Seine ungarischen Freunde erkannten ihn in der Theorie als König an, waren aber froh, daß sie ihn praktisch nicht bei sich hatten. „Thronfolger" für Ungarn dürfte der älteste Sohn Otto des Verstorbenen sein.

Leipzig für Hilferding!

In der „Leipziger Volkszeitung", die nicht nur einstmals in der einigen sozialdemokratischen Partei das hervorragendste Blatt war, sondern die auch heute innerhalb der unabhängigen Zeitungsorgane den ersten Platz einnimmt, wird in den beiden letzten Nummern in zwei langen Artikeln zum „Freiheit"-Konflikt Stellung genommen. Das Blatt kommt, wie wir es schon vermutend mitteilten, zu dem Resultat, daß die Haltung der „Freiheit"-Redaktion die richtigeist und daß sie den Entscheid der Zentralkörperschaften für falsch ansieht. Hans Block, der Leiter des Blattes, begründet dieses sehr eingehend, er polemisiert gegen Dittmann, dessen Haltung in der Sache, als einem Parteivorsitzenden, schlechtansteht, und auch gegen einen, den Schritt der Zentralinstanzen rechtfertigenden Artikel Lebebours, dem er bezüglich der deutschen Innenpolitik wirklichkeitsfremde Vorstellung vorwirft. Das Leipziger Blatt macht sich jeden einzelnen Satz der „Freiheit"-Denkschrift, die wir vor einigen Tagen wiedergaben, zu eigen, und bemerkt zum Schluß:

„Die Zentralkörperschaften haben gegen die „Freiheit"-Redaktion entschieden. Wir bedauern das, weil auf diese Weise der Partei die Arbeit einiger ihrer fähigsten Köpfe an hervorragender Stelle verloren gehen muß. Wir bedauern das um so mehr, weil wir überzeugt sind, daß sich der Standpunkt der „Freiheit"-Redaktion in absehbarer Zeit doch durchsetzen wird, denn die Logik der Tatsachen ist für sie. Und die Partei würde schweren Schaden leiden, wenn sie sich wider sie stemmen wollte."

Die beiden Leipziger Artikel möge sich auch unsere „nordwestdeutsche" Freundin näher ansehen. Sie wird finden, daß ihre gestrigen (Sonntags-Ausgabe) Bemerkungen gegen uns eigentlich kein rechtes Fundament besitzen.

Ungarische Justiz.

Aus Budapest wird gemeldet: Vor dem hiesigen Gerichtshof hatten sich 10 Personen wegen der Anklage, an den Judenpogromen bei Kiralle teilgenommen zu haben, zu verantworten. Bei jenen Vorfällen waren Juden blutig geschlagen und jüdische Geschäftslokale geplündert und zerstört worden. Sämtliche Angeklagte wurden vom Gericht mit der Begründung freigesprochen, daß sie Patrioten seien und diesen Patriotismus in den Kämpfen gegen die westungarischen Banden bewiesen hätten.

Schwerer Vertrauensmißbrauch.

Die Strafkammer des Landgerichts in Essen (Ruhr) hat nach siebentägigen Verhandlungen den Leiter der Flüchtlingsfürsorge des Roten Kreuzes, Muder, wegen Verleitung zum Meineid und Untreue zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und neun Monaten, sowie wegen Zoll- und Steuerhinterziehung zu 1 371 770 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf einen Zeitraum von fünf Jahren aberkannt. Die Mitangeklagten wurden zum Teil zu Gefängnisstrafen bis zu neun Monaten, zum Teil zu Geldstrafen bis zu 70 000 Mark verurteilt. Muder, der schon vielfach schwer vorbestraft war, hatte es verstanden, sich nach dem Kriege eine Anstellung beim Roten Kreuz zu verschaffen, bei dem er hauptsächlich die Flüchtlingsfürsorge im Westen unter sich hatte. In seiner Stellung hatte er ihm anvertraute Gelder in Höhe von mehreren Millionen veruntreut und zum Teil zu Schiebergeschäften verwendet.

Schwere Grubenkatastrophe.

Auf dem in Oberschlesien unweit Ratibor gelegenen Amselschacht hat sich am Sonnabend ein schweres Grubenunglück ereignet. Eine Explosion hatte zur Folge, daß 16 Bergleute getötet und 38 verwundet wurden. 382 Bergarbeiter sind noch in der Grube eingeschlossen, das Rettungswerk ist im Gange.

Breslauer Schiebungen.

Von einer Riesenbetrugsaffäre berichtet Wolff aus Breslau. Dort soll ein Schwindelkonsortium gefälschte Urkunden, Zeugnisse usw. hergestellt haben. Imatrikulationen an der Universität, Eingriffe der Entente und andere Dinge sollen auf Grund dieser falschen Papiere im Laufe der Zeit erfolgt sein. Weitere Aufklärung über den Skandal bleibt abzuwarten.

Ueberschwemmungskatastrophe in Serbien

Aus Südserbien wird von einer großen Wasserkatastrophe berichtet. Mehrere Städte sollen durch die Wassernot stark beschädigt worden sein. Der bisher angerichtete Schaden soll sich auf zwanzig Millionen Denar belaufen.

Granatzünder-Explosion in einer Landschule.

Aus Hameln wird gemeldet: Ein furchtbares Unglück ereignete sich in der ersten Schulklasse des benachbarten Tendern. Der Lehrer Hermann Jergens hatte, wie die „Deister-Weserzeitung" berichtet, einen Granatzünder in der Tasche. Auf irgendeine Weise, wahrscheinlich durch einen Stoß gegen eine Bank, explodierte der Zünder und zerriß einem Jungen Oberschenkel und Unterleib. Zwei in der Nähe stehende Schüler wurden ebenfalls schwer verletzt. Der erstgenannte Knabe starb nach einigen Minuten. Ein weiterer Schüler erhielt ein Sprengstück in die Lunge. Nach Anlegung von Notverbänden wurden die Verletzten dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Alle Verunglückten standen kurz vor der Konfirmation.

Die Krise der U. S. P.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Partei der Unabhängigen hat lange genug, allzulange, den klaffenden Riß, der durch sie hindurchging, zu verkitten und zu übertünchen versucht. Noch bis in die allerletzte Zeit hinein galt vielen unabhängigen Blättern das Wort von der „Krise der USP." als eine boshafte rechtssozialistische Erfindung. Jetzt schreibt das unabhängige Zentralorgan, die „Freiheit", selbst zu den letzten Berliner Vorgängen: „Im Grunde hängt diese Krisis unserer kommunalpolitischen Vertretung innerlich zusammen mit den anderen Krisen, die in der Reichstagsfraktion und zwischen der Freiheitredaktion und der Parteizentrale aufgetreten sind." Man hat jetzt also die parteioffizielle Bestätigung dafür, daß sich die USP. in einer Krise befindet. Diese Krise, so möchten wir hinzufügen, ist ein Teil des allgemeinen Auflösungsprozesses, in den alle krankhaften politischen Neugebilde links der Sozialdemokratie schon längst eingetreten sind.

Es sind jetzt noch keine 6 Jahre verflossen, seit in der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands der erste Bruch erfolgte und sich von der Sozialdemokratischen Partei die USP. absonderte. Der nach links gerissene Teil erfuhr seitdem so viele innere Brüche und Zerreißungen, daß nur ein Statistiker die genaue Zahl angeben könnte. Seit 1918 hat es nie weniger als drei Linksgruppen gegeben, meist aber vier oder fünf. Diese Gruppen ballen sich zusammen, platzen auseinander, die auseinandergeplatzten Teile vereinigen sich vorübergehend mit anderen Gruppen, die dann auch wieder bald auseinanderplatzen und so fort, bis ins Unendliche.

Die neue Spaltung, vor der die USP. steht, ist also durchaus nicht die erste, aber sie ist die entscheidende. Sie wird wahrscheinlich den ganzen Spaltungsspuk zu Ende bringen in der Weise, daß die Sozialdemokratische Partei wieder von den gesamten Arbeitermassen als die einzige Arbeiterpartei anerkannt werden wird, wobei natürlich mit dem Zurückbleiben kleiner aufgeregter, aber einflußloser Minderheiten gerechnet werden muß.

Im Berliner Stadtparlament haben sich am Donnerstag unabhängige Stadträte und unabhängige Gemeindeverordnete vor versammeltem Publikum beinahe geprügelt. Die unabhängigen Magistratsmitglieder sahen sich genötigt, eine Erklärung gegen die wüste Demagogie der unabhängigen Stadtverordnetenfraktion abgeben zu müssen, sie wurden aber daran durch körperliche Gewalt verhindert und konnten ihre Erklärung nachher nur in die Presse bringen. In einer dramatischen Szene ist hier der unvereinbare Gegensatz klar geworden zwischen den ihrer Verantwortung bewußten Arbeitervertretern auf der einen Seite und den unentwegten gedankenlosen Phrasendreschern und Agitationspolitikern auf der anderen Seite.

Zwischen Unabhängigen, die nicht bloß radikale Phrasen dreschen, sondern ernste Arbeit leisten wollen, und Sozialdemokraten kann es gar keine grundsätzlichen Differenzen geben. Sie sind tatsächlich eins. Ueberall, wo praktisch gearbeitet werden muß, und wo sich die Unabhängigen genötigt sahen, die Hand mit anzulegen, hat sich zwischen ihren verständigeren Elementen und den Sozialdemokraten ein weitgehendes Einverständnis herausgebildet. Das gilt für die Länder mit sozialistischer Mehrheit und sozialistischer Regierung, das gilt für die kommunale Arbeit, das gilt auch für die Arbeit der beiden Reichstagsfraktionen.

Die Unabhängigen sind eben überall in derselben Lage. Entweder sie müssen mit den Sozialdemokraten zusammen positive Arbeit verrichten, oder sie geraten in einen Zustand, in dem sie dem sozialdemokratischen Programm des Aufbaues nichts, aber auch gar nichts entgegenzustellen haben, als einen Haufen konfuser Redensarten. Das haben alle intelligenten Köpfe der USP. begriffen. Wird die Rechte dieser Partei abgestoßen oder auch nur kaltgestellt, so bleibt ein unbeschreibliches Etwas zurück, das in kürzester Zeit vollends zu Brei zerfließen muß. Eine Partei, ohne Programm, ohne Ideen, ohne führende Köpfe, ohne schreibkundige Zeitungsmenschen und daher bald auch ohne Anhänger. Wenn die Linke als Chefredakteur der „Freiheit" Hilferding so lange geduldet hat, wenn die Reichstagsfraktion immer noch Breitscheid als Redner in allen wichtigen Debatten vorschickt, so geschieht das wahrlich nicht aus Toleranz, sondern nur aus Verlegenheit. Darauf beruht die Stärke des rechten Flügels, daß die ganze Partei sich in geistiger Abhängigkeit von ihm befindet und daß sie nach seinem Abgang ganz hilflos werden muß.

Die Krise der USP. ist natürlich auch eine Krise für ihren rechten Flügel selbst. Innerlich trennt ihn von der Sozialdemokratischen Partei nichts mehr. Aeußerlich bleibt die Rückkehr zur alten Partei ein schwieriger Vorgang. Es ist heute noch nicht gewiß, ob der rechte Flügel in der nächsten Zeit einfach wieder in der Sozialdemokratischen Partei aufgehen wird, oder ob er ganz oder teilweise in der

Landesbibliothek Oldenburg

USP. verbleiben wird, um diese als Ganzes für die Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei reif zu machen. Wie sich aber die Dinge in der USP. schon entwickelt haben, werden schärfste Zusammenstöße, die neue Spaltungen zur Folge haben, kaum mehr zu vermeiden sein.

Die USP. kann tatsächlich nichts anderes mehr, als durch ihren eigenen Zerfall ein Bild der Zerrüttung geben, die durch die Spaltung in die ganze Arbeiterbewegung hineingetragen wurde. Es ist ein schmerzensvoller und peinlicher Prozeß, der sich da vollzieht und man muß im Interesse des ganzen wünschen, daß er so rasch wie möglich seinen Abschluß finden möge.

Reichstag vom Sonnabend.

Der Reichstag beriet am Sonnabend die noch ausstehenden Steuervorlagen in 3. Lesung. Angenommen wurde ein Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, wonach ärztliche und ähnliche Hilfeleistungen, sowie Arzneien und Heilmittel, die zur Krankenpflege dienen, steuerfrei bleiben, soweit sie von den Krankenkassen bezahlt werden; beschlossen wird auch, daß Erzeugnisse aus eigenen Betrieben der Kleingartenwirtschaft, Klein-Landwirtschaft und Klein-Tierzucht steuerfrei bleiben, soweit sie zum eigenen Gebrauch bestimmt sind.

Zu § 27 wird ein Antrag Crispien (USz.) angenommen, wonach die auf 5 Prozent erhöhte Anzeigensteuer sich für die ersten 200 000 Mark des innerhalb eines Kalendervierteljahres vereinnahmten Entgelts auf 1 Prozent ermäßigt, von den nächsten 200 000 Mark auf 1½ Proz., von den darauffolgenden 200 000 Mark auf 2 Prozent, von den weiteren 200 000 Mark auf 2½ Prozent usw. Gibt ein Steuerpflichtiger mehrere Zeitungen und Zeitschriften heraus, so ist für die einzige Ermäßigung jede Zeitung und Zeitschrift selbständig zu behandeln. Das Umsatzsteuergesetz wird angenommen und tritt rückwirkend vom 1. Januar 1922 in Kraft. — Es folgt dann die dritte Beratung über die Verbrauchsteuern.

Darauf wird das Gesetz in dritter Lesung angenommen. — Debattelos angenommen werden ferner die Erhöhung von Zöllen und Aufhebung vorübergehender Zollerleichterungen, ebenso das Zucker-, Rennwett- und Lotterie-, das Kraftfahrzeug- und das Versicherungssteuergesetz. Zum Mantelgesetz wird eine Entschließung Marx (Zentr.) angenommen, daß kinderreichen Familien Zuschüsse gewährt werden möchten, um sie vor Verelendung zu schützen, zumal die indirekten Steuern außerordentlich hoch sind. Das Mantelgesetz wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der neuen Bestimmungen über die Ausbildung von Kriegsteilnehmern zum Richteramt. Die Vorbereitungszeit soll verkürzt werden, den einzelnen Ländern die Entscheidung im Einzelfalle überlassen bleiben.

Staatssekretär Joel (Reichsjustizverwaltung) erklärt, daß es vorläufig zweckmäßig sei, den einzelnen Ländern die Entscheidung zu überlassen. Mit allem Nachdruck werden die Landesjustizverwaltungen aufgefordert werden, eine einheitliche Regelung zu treffen. Das Gesetz wird angenommen. Vertagung auf Montag.

Das manchesterliche Reichsernährungsministerium.

Als vor etlichen Wochen der Zentner Kartoffeln mit 300 Mark und weit darüber hinaus gehandelt wurde, wandte sich der Vorstand des ADGB. mit einer dringlichen Eingabe an das genannte Ministerium. In dieser wurde darauf hingewiesen, daß die zu diesen ungeheuerlichen Preisen in den Handel kommenden Kartoffeln zumeist als sogenannte Saatkartoffeln aufgekauft wurden, da auf diese Weise Produzenten und Aufkäufer sich gegen die Bestimmungen der Wucherverordnung zu schützen glaubten. Es wurde besonders auf die Gefahren hingewiesen, die dadurch für den Handel mit wirklichen Saatkartoffeln entstehen müßten. Werden sogenannte Saatkartoffeln schon mit 300 Mark und mehr dem Produzenten abgenommen, dann sei die notwendige Folge, daß die wirklichen Saatkartoffeln noch wesentlich höher im Preise zu stehen kommen und damit die Preise für die kommende Ernte im voraus auf eine ganz unmögliche Höhe geschraubt würden.

Aber wie lautete die Antwort des Reichsernährungsministeriums auf diesen gewiß ungemein wichtigen Hinweis? Man habe von einem Eingriff abgesehen — — „um den Saatkartoffelmarkt nicht zu beunruhigen!" So lautete wörtlich die Antwort. Auf die Beunruhigung der Millionen von Kartoffelverbrauchern legte das Ministerium anscheinend nicht so großen Wert . . .

Ob es unter dem neuen Herrn anders werden wird?

Warum die Strümpfe so teuer sind!

Wir wiesen in einer der letzten Nummern eine Anzahl von Riesengewinnen der Aktiengesellschaften nach. Dem sei heute hinzugefügt, daß F. Thörls Vereinigte Harburger Oelfabriken 75 Prozent und ebenso die A.-G. für Chemische Industrie in Gelsenkirchen-Schalke 75 Prozent verteilen. Die Dikerdorfer Filz- und Kratzentuchfabrik gibt 45 Prozent, die Alfred Gutmann A.-G. für Maschinenbau in Hamburg 36 Prozent. Die A.-G. für Strumpfwarenfabrikation vorm. Max Segall nimmt gewisse Schiebungen vor, durch die die Aktionäre mindestens 75 Prozent erhalten.

Einige noch nicht ganz mit Blindheit geschlagene Handelsblätter sehen ein, daß eine derartige Entwicklung der Ausbeutung naturnotwendig zu einer antikapitalistischen Reaktion führen muß. Sie pfeifen deshalb zurück, wie die „Köln. Zeitung", indem sie schreibt: „Die Gesellschaft stellt Strumpfwaren her, also ein von den breiten Volksschichten gebrauchtes Bekleidungsstück, das aber in der letzten Zeit für viele Kreise der Bevölkerung fast unerschwinglich teuer geworden ist. Der Abschluß der Gesellschaft ist wieder einmal ein besonders hervorstechendes Beispiel für den allenthalben in Deutschland herrschenden Egoismus, eine Ausnahmestellung ist nicht da. Man denke nur an die Abschlüsse der sonstigen Bekleidungsindustrie (Wäsche, Schuhe usw.), ferner der Schokoladen-, Zigaretten-, Porzellan-, Papierfabriken usw. Trotz der höheren Gestehungskosten haben bisher die Gesellschaften auch in Papiermark recht gute, um nicht zu sagen erschreckende Ergebnisse ausweisen können. In einer Zeit, wo alles auf des Messers Schneide steht, und immer wieder Befürchtungen und Beunruhigungen laut werden, muß ein derartiger Abschluß, wie er von der Segall-A.-G. vorgelegt wird, geradezu herausfordernd wirken. Wir meinen, daß die Gesellschaften, ehe sie sich entschließen, mit solchen Abschlüssen hervorzutreten und damit der Beunruhigung nur noch neue Nahrung zu geben, sich überlegen sollten, ob sei der Verwendung der Gewinne einzig und allein an die Aktionäre zu denken ist, die in der letzten Zeit infolge hoher Dividenden, Bezugsrechte usw. wahrhaftig nicht zu klagen gehabt haben."

Mamier den Kapitalismus nicht allzu sehr, so lautet der Rat der Kante aus Köln. Die Gesellschaft wird den Wink verstehen und in Zukunft den Gewinn durch allerhand Schiebungen noch mehr zu verschleiern suchen als bisher.

Zum Thema Sanitätshunde.

Der Abgeordnete Dr. v. Kries stellte im preußischen Landtag die kleine Anfrage, weshalb dem Deutschen Verein für Sanitätshunde, e. V., in Oldenburg vom Berliner Polizeipräsidenten unter Berufung auf die Bundesratsverfügung vom 15. Februar 1917 Mitgliedewerbungen untersagt worden seien. Aus der Antwort, die der Minister für Volkswohlfahrt auf diese Anfrage gibt, teilt der amtliche Preußische Pressedienst Nachstehendes mit:

Der Polizeipräsident von Berlin habe bei seiner Maßnahme im ausdrücklichen Einverständnis mit dem Staatskommissar für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen gehandelt. Der in der Anfrage erwähnte Verein in Oldenburg habe trotz wiederholtem Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen es bisher unterlassen, die für seine Werbetätigkeit innerhalb Preußens erforderliche Genehmigung einzuholen. Soweit es sich um Sammlungen von Geldspenden und um den Vertrieb von „Notgeldscheinen" usw. zugunsten der Bestrebungen des Vereins gehandelt habe, vermöge der Verein eine Entschuldigung nicht vorzubringen; soweit es sich um wirkliche Mitgliederwerbung handele, lege der Verein die in der kleinen Anfrage erwähnte Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege nach übereinstimmender Ansicht der amtlichen Stellen falsch aus.

Das Verhalten des Vereins und seiner Werbefirma lasse sich nur aus der — begründeten — Befürchtung erklären, daß im Fall der Einreichung eines Antrags auf Genehmigung der Werbetätigkeit eine Rechnungslegung verlangt werden könnte, die insbesondere über die Unkosten und die Gewinnbeteiligung der Werbefirma Auskunft geben müßte. Bedenken erregte ferner die Sammlung des Vereins für die Belieferung von Kriegsblinden mit Führhunden, weil fast die gesamten Unkosten für die Beschaffung dieser Hunde dem Verein bisher aus Reichsmitteln erstattet worden seien. Eine Verwendung der erlangten Mittel zur Belieferung von Hunden an Zivilblinde, die der Verein neuerdings beabsichtige, verstoße gleichfalls gegen die gesetzlichen Bestimmungen und sei geeignet, bei den Kriegsblinden berechtigten Unwillen hervorzurufen.

Die bisherige Zurückhaltung der staatlichen Stellen dem Verein gegenüber, die mit Rücksicht auf seine frühere verdienstvolle Tätigkeit geübt worden sei, habe zu keiner Aenderung in dem gesetzwidrigen Verhalten des Vereins geführt, so daß die beteiligten Landesbehörden künftig zur Ergreifung schärferer Maßnahmen gegen den Verein gezwungen sein werden.

Sozialismus und Kommunismus.

Bei den ebenso zahlreichen wie unerquicklichen Kämpfen zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei hört man oft — als verschwindendes Moment gewissermaßen — die Wendung, daß nur der Weg verschieden sei, daß aber über das Ziel zwischen beiden Parteien keine Meinungsverschiedenheit bestehe. Man pflegt derartige Worte, namentlich wenn sie schlagwortmäßig gebildet sind und sich dem Gedächtnis gut einprägen, gedankenlos nachzusprechen und zu Anlaß zu einer Legendenbildung zu geben, die ihrem Urheber durchaus nicht immer erwünscht ist. Vielleicht ist es deshalb nicht ganz überflüssig, die Frage zu untersuchen, ob die sozialistische Partei — unter deren Namen wir die sozialdemokratische wie die unabhängige zusammenfassen wollen — wirklich noch dem gleichen Ziel entgegenstrebt wie die kommunistische.

Zunächst ist die Behauptung von der Wegverschiedenheit irrig. Es ist durchaus nicht zutreffend, daß der Weg der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei immer und in jeder Hinsicht verschieden sei. Tatsächlich vielmehr stehen beide Parteien auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Die Tatsache daß die sozialdemokratische Partei noch nach wie vor das Klassenkampf-Prinzip befolge, wird zwar von den Kommunisten leidhaft bestritten. Nichtsdestoweniger darf die sozialistische Partei mit Stolz auf die Tatsache hinweisen, daß sie den Klassenkampf besser und für die Interessen des Proletariats nutzbringender führt als die kommunistische Partei es tut. Der Klassenkampf besteht — das ist tausendmal und doch anscheinend noch immer nicht genug gesagt worden — nicht in der Anzettelung von Bürgerkriegen und auch nicht in der Verwendung von Lärminstrumenten in parlamentarischen Verhandlungen, sondern er besteht in der systematischen Ausnutzung aller bestehenden Rechtsmittel zur Befreiung des Proletariats von ökonomischer und geistiger Ausbeutung. Wenn also auch die sozialistischen Parteien den Klassenkampf als einen Zustand oder als einen Hebel der Bewegung bezeichnen, während die Kommunisten ihn als Zweck betrachten, so ist doch das Mittel beiden Parteien gemeinsam, so daß nicht gut schlechthin von der absoluten Verschiedenheit des Weges gesprochen werden kann.

Und nun das Ziel! Es gab einmal eine Zeit — die leider Ende 1917 ihr Ende nahm — da gab es zwischen Sozialisten über die Frage des Zieles keine Meinungsdifferenzen. Nachdem sich aber in Rußland die Räterepublik konstituiert hatte, änderte sich Ziel und Ideal des mittlerweile entstandenen Spartakusbundes, aus dem später die kommunistische Partei mit ihren zahlreichen, fast zahllosen Abspliitterungen wurde. Das Ziel der sozialistischen Gesellschaft, das bisher als programmatischer Punkt allen sozialistischen Parteien vor Augen geschwebt hatte, verwandelte sich und wurde zu dem von heute auf morgen zu verwirklichenden Rätestaat. Es war nicht mehr die Rede davon, daß die Räterepublik etwa nur ein Uebergangsstadium zu der sozialistischen Gesellschaft sein sollte, sondern aus dem Zukunftsziel war plötzlich ein Gegenwartsprogramm geworden. Dadurch aber gab die kommunistische Partei ihren sozialistischen Charakter auf und zog den grundsätzlichen Trennungsstrich gegen die sozialistischen Parteien, die in einer Gesellschaftsgestaltung nach Marx-Engels'scher Auffassung noch immer ihr durch den Klassenkampf zu verwirklichendes Ideal erblicken.

So ist also tatsächlich zwischen Sozialismus und Kommunismus eine Grenzlinie gezogen. Diese Tatsache festzustellen bedeutet nichts weniger als sich mit ihr abfinden. Ganz abgesehen vor der Tatsache, daß der Glaube zahlreicher Kommunisten an das Räte-Paradies und seine Herrlichkeit schwerer erschüttert ist, als sie es der Oeffentlichkeit gegenüber wahr haben wollen, darf nicht die Tatsache übersehen werden, daß es ja heute den festumrissenen Begriff „Räterepublik" nicht mehr gibt. Mehr als in allen anderen Ländern sind die Dinge in Rußland im Fluß, und der wäre ein schlechter Sozialist, der die großen Gesetze der Entwicklung aus dem Bereich seiner politisch-ökonomischen Gedanken ausschalten wollte. Sozialist sein heißt materialistisch, heißt ökonomisch, heißt dialektisch denken. Dialektik aber im Marxschen Sinne ist nichts anderes als die Gestaltung der Synthese aus These und Antithese. Diese Einstellung aber bedingt mit zwingender Notwendigkeit, daß diejenigen Kommunisten, die wirklich auf Marxscher Basis fußen, auch für das Ideal der Räterepublik eine Aenderung in den Kreis ihrer Berechnungen einbeziehen müssen. Sie müssen sich fragen, welches Wirtschaftsgebilde bestimmt ist, den kommunistischen Rätestaat abzulösen, der seine Unfähigkeit erwiesen hat, Muster dauernder Staatsform zu sein. Da nun gegenwärtig der Weg in Rußland zu einer Annäherung an kapitalistische Wirtschaftsformen führt — die doch unzweifelhaft von den Kommunisten nicht als Ideal der sozialistischen Gesellschaft angesehen werden können — so müssen sie über kurz oder lang auf die Propagierung der gleichen Staatsform zurückkommen, die die sozialistischen Parteien auf ihre Fahne geschrieben haben.

Es zeigt sich also, daß die Stellung zwischen Sozialisten und Kommunisten durch das Schlagwort von dem verschiedenen Weg und dem gleichen Ziel ihrer Klärung um keinen Schritt näher gerückt ist. Es ist ebenso schädlich, ständig die Gegensätze zwischen beiden Parteien zu vertiefen, wie es zwecklos ist, vorhandene Gegensätze künstlich überdrücken zu wollen. Der Sozialismus huldigt nicht einer fatalistischen Zuversicht auf den Gang der Entwicklung, aber er baut auf diese Entwicklung, weil auf ihrer Seite Vernunft, Wille der Volksmehrheiten und die Macht der Wirtschaft stehen.

Werner Peiser.

Achtung: Vergiftete Brunnen.

Folgendes Rundschreiben weht dem „Vorwärts" der bekannte günstige Wind auf den Redaktionstisch:

Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle.
Rundschreiben Nr. 15.
Ws./Ra.

Berlin SW. 11, den 22. 2. 22.
Bernburger Str. 24.

An alle Landesverbände und Kreisvereine!

Wiederholt haben Abgeordnete, Parteiorganisationen und Parteifreunde sich uns gegenüber dahin geäußert, daß unser zum Teil ganz vorzügliches Schriftenmaterial nicht genügend Verbreitung findet, weil es parteipolitisch abgestempelt ist. Es ist dringend erwünscht, zwecks weitester Verbreitung derartiger Schriften (z. B. die jüdische Dr. Brunstädt u. a.) in neutraler Aufmachung erscheinen zu lassen. Diesen Wünschen wollen wir jetzt entsprechen. Wir haben die Schriftenvertriebsstelle dem Brunnenverlag angegliedert, der vorläufig als offene Handelsgesellschaft eingetragen ist usw. usw.

Wir bieten mehr als jede andere Verlagsbuchhandlung den Herren Autoren die Gewähr, daß ihre Bücher weiteste Verbreitung finden und sichern hohe Honorare zu.

Mit deutschem Gruß
Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle G. m. b. H.
gez. Dr. Weiß.

Der „Brunnenverlag" entpuppt sich somit als vergifteter Brunnen. Aber das macht nichts, da die Brunnenrübung für die deutschnationalen „Idealisten" hohe Honorare abwirft.

Politische Rundschau.

Ulrich Rauscher Gesandter in Warschau. Es trifft zu, daß Ulrich Rauscher, der frühere Pressechef der Reichsregierung, zum deutschen Gesandten in Warschau in Aussicht genommen ist. Ulrich Rauscher ist vor kurzem aus Georgien zurückgekehrt, wo er das Deutsche Reich vertrat, bis die Ueberschwemmung durch bolschewistische Heere seiner Tätigkeit ein Ende setzte.

Zugunsten Rußlands. Vom Hauptausschuß des preußischen Landtags wurde ein Antrag Leidig (D. Vp.) angenommen, dem Landtag vorzuschlagen, dem Deutschen Roten Kreuz für das Hilfswerk zur Bekämpfung der Hungersnot in Rußland, insbesondere zugunsten der Deutschen, 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Politische Notizen. Im preußischen Landtage wurde am Sonnabend der Landwirtschaftsetat (Siedlungsfragen) weiterberaten. — Vorgestern wurde durch den preußischen Minister Severing der Landesteil Pyrmont in Preußen aufgenommen. Dabei wandte sich der Minister gegen die Bestrebungen, einen Freistaat Niedersachsen zu propagieren. — Die „Duisburger Volkszeitung" ist von der Besatzungsbehörde ohne Angabe von Gründen auf acht Tage verboten worden. — Nach einer Meldung aus Brüssel hat die belgische Kammer mit 80 gegen 64 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen den sozialistischen Vorschlag Vandervelde abgelehnt, der einen Militärdienst von sechs Monaten verlangt. — Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 3. bis 9. April unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 1200 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 600 Mark für ein Zehnmarkstück. — Ein Antrag des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert von der Reichsregierung das Umlageverfahren für Kartoffeln und eine Erweiterung des Brotgetreide-Umlageverfahrens. — Ausschuß und Vorstand des Zentralverbandes deutschen Konsumvereine berufen für den 19. ordentlichen Genossenschaftstag für die Zeit vom 19. bis 21. Juni 1922 nach Eisenach ein. — Der Berliner Devisenmarkt zeigte am Wochenschluß eine ziemlich unsichere Haltung. Der Dollar schwankte zwischen 296 und 305.

Ein bestechlicher Kreiskornstellen-Leiter.

In die Zeit der Kartoffelnot des Jahres 1919 führte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Bütow in Pommern. Auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, war angeklagt der pensionierte Lehrer Heinrich Klann, welcher als Hilfsarbeiter der Kreisverwaltung zu Bütow mit der Leitung der Kreiskornstelle betraut war. Klann hatte in dieser Stellung auch die Erfassung und Verteilung der Kartoffelernte durchzuführen. Bütow ist ein Ueberschußkreis, und es bewarben sich zahlreiche Aufkäufer westlicher Industrieplätze um die Zuweisung von Kartoffeln. Diese Zeit der Not nutzte der Angeklagte aus und bevorzugte solche Aufkäufer, die ihm Schmiergelder zahlten. Das Gericht verurteilte Klann wegen Beihilfe im Sinne des § 12 des Wettbewerbsgesetzes zu 1000 Mark Geldstrafe und erkannte ferner gegen ihn auf Einziehung von 5000 Mark Bestechungsgeldern. In der gleichen Verhandlung wurde Klann noch wegen Preiswuchers zu weiteren 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte unter Mißbrauch seiner Stellung 40 Zentner Saatgetreide an den Kaufmann Otto Wilhelm in Bütow zur Herstellung von Gerstenkaffee abgegeben und dafür 1900 Mark „Provision" gefordert und erhalten. Der letztere Betrag wurde als Ueberpreis eingezogen.

Berliner Luft.

Berliner Blätter wußten gestern zu berichten: Ungewöhnlich reiche Beute machten in der vorvergangenen Nacht gewerbsmäßige Geldschrankknacker. Sie suchten die Geschäftsräume einer großen Buchbinderfirma im Zentrum Berlins auf, indem sie sich mit Nachschlüsseln Eingang in die im dritten Stockwerk des großen Fabrikgrundstücks belegenen Kontorräume verschafften. Dort knackten sie nach Art gewerbsmäßiger Geldspindeinbrecher zwei Geldschränke auf. In diesen fanden sie 10 000 Mark bares Geld und für zwei Millionen Mark Blattgold. — Im Automobilbus wurde ein Mann während der Fahrt von den Linden nach Halensee arg bestohlen. Taschendiebe schnitten ihm das Rockfutter auf und entwendeten ihm so die Brieftasche, die 62 000 Mark bares Geld, einen Automobilführerschein auf den Namen Theodor Ramann und andere Papiere enthielt. Auf die Wiederbeschaffung des Geldes und die Festnahme der Täter ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt. — Ueberfallen und ausgeplündert wurde an der Ecke der Strasburger und Elsasser Straße der Händler Max M. aus Weißensee. Zwei unbekannt entkommene Männer schlugen ihn nieder, raubten ihm die Brieftasche mit 15 000 Mark und zogen ihm auch noch die Oberkleider vom Leibe.

Die zusammengewachsenen Schwestern gestorben.

Aus Lissabon kommt die Nachricht, daß dort die beiden berühmten zusammengewachsenen Zwillinge Rosa und Josepha Blandek im Alter von 43 Jahren gestorben sind. Der Tod der beiden Schwestern erfolgte in einem Abstand von 15 Minuten. Die Schwestern waren als Kinder normaler Eltern in Böhmen geboren, zusammengewachsen in der Hüftengegend und von gemeinsamen Lebensfäden zehrend. Sie hatten die ganze Welt gesehen und waren von allen Völkern bestaunt worden. Vor etwa 12 Jahren erschienen sie in Berlin und alles machte sich auf, um diesem unglücklichen und bedauernswerten Naturwunder in Cystand Panoptikum einen Blick zu erhaschen. Noch etwas geschah, um auch die Erinnerung an Berlin bei den Schwestern Blandek selbst bleibend zu gestalten. Die eine der Schwestern, Rosa, wurde hier Mutter und genas eines gesunden Knaben, der das Interesse der gesamten ärztlichen Welt in hohem Maße erregte. Das Kind soll sich in günstigster Weise entwickelt haben und heute noch leben. Wie gemeldet, erkrankte in Lissabon, wo sich die Schwestern zuletzt zur Schau stellten, Josepha an einem schweren Leiden. Die Aerzte, die für das Leben der Erkrankten fürchteten, wollten Rosa retten und schlugen eine Operation zur Trennung der Schwestern vor. Rosa versagte ihre Einwilligung und hard, wie die Meldung besagt, in Treue an den zweiten Teil ihres Selbst, 15 Minuten nach ihrer Schwester.

Landesbibliothek Oldenburg

Nichtbestätigung wegen Kirchenaustritts!

Die Abg. Genossen Bäslke, König (Swinemünde), Krüger (Potsdam) haben folgende Kleine Anfrage im preußischen Landtag eingebracht:

„Schon vor mehreren Monaten sind von einigen Groß-Berliner Bezirksämtern insgesamt 18 neue Rektoren für Berlin Gemeindeschulen gewählt. Das Provinzialschulkollegium Berlin hat davon fünf bestätigt, zwölf abgelehnt und einen „in der Schwebe" gelassen. Die Ablehnung der zwölf Rektoren soll zum Teil wegen Mangels an pädagogischer Qualifikation, zum anderen Teil wegen Austritts aus der Landeskirche erfolgt sein.

Ist das Staatsministerium bereit, soweit der erste Punkt in Frage kommt, nachprüfen zu lassen, wieweit dieser Grund aufrechterhalten werden kann? Dabei verlangen wir die Nachprüfung durch einen Kommissar des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Es ist auffällig, daß die nichtbestätigten Rektoren fast ausnahmslos Sozialdemokraten sind. Unter den Nichtbestätigten befindet sich auch eine Lehrerin, die von ihrem rein weltlichen Lehrerkollegium fast einstimmig als Rektorin vorgeschlagen wurde.

Billigt das Staatsministerium den Standpunkt des Provinzialschulkollegiums, daß ein aus der Landeskirche ausgetretener Lehrer zwar Lehrer, aber nicht Rektor an einer Schule sein kann?"

Der Postetat im Ausschuß.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde am Sonnabend die Beratung des Postetats fortgesetzt. Abg. Morath (D. V.) wünschte, daß der „Betrieb" die Hauptsache bleibe und nicht von der „Verwaltung" erdrückt werde. Die Renten- und Militärrechnungsstellen müßten aufgelöst werden. Genosse Seppel bedauerte, daß bei der Qualifizierung von Postbeamten zu viel Gewicht auf die theoretischen Prüfungen gelegt werde. Abg. Geck (U. S.) beklagte sich über die bureaukratische Behandlung der Zeitungen durch die Post. Ein Vertreter des Postministeriums wies auf die Schwierigkeiten hin, die der Postverwaltung dadurch entstehen, daß die Bezugspreise der Zeitungen so häufig geändert werden. Es wäre vielleicht ratsam, zu monatlichen, statt vierteljährlichen Bezügen überzugehen. Die Arbeit der Postverwaltung würde sich dadurch allerdings verdreifachen. Genau befolgt werden müßten die Vorschriften über die Drucksachen. Heute sei jeder bemüht, seine Postkarten und Briefe in Drucksachen umzuwandeln, was schließlich zu einer Untergrabung des Postkarten- und Briefverkehrs führen müßte. Wenn die Postverwaltung allen diesbezüglichen Wünschen Rechnung tragen würde, so käme das einem Einnahmeverlust von einer Milliarde gleich. Auf eine Beschwerde des Abg. Hoffmann (U. S.), wonach die Sozialisten und Republikaner als Beamte ungerecht behandelt würden, antwortete Reichspostminister Giesberts, daß er stets besorgt sei, den politischen Kampf aus den Aemtern auszutreiben. Wegen seiner politischen Ueberzeugung dürfe innerhalb der Postverwaltung niemand irgendwelche Nachteile erleiden. Wo das doch geschehe, werde er sehr energisch einschreiten. Abg. Allekotte (Ztr.) regte an, wenn irgend möglich für Aushilfskräfte die monatliche Gehaltszahlung einzuführen. Er bezeichnete tausend Höhere, zwölftausend Beamte der Gruppen VI bis IX und achtzehntausend Hilfskräfte durch den Verkehrsrückgang als überzählig. Diese Kräfte sollten an die Finanzverwaltung abgegeben werden, damit Härten bei der Entlassung vermieden würden.

Zum Skandal im Berliner Stadtparlament

Wie der „Vorwärts" mitteilt, richteten im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen den zwei unabhängigen Berliner Stadträten Brühl und Schiming mit der Mehrheit der unabhängigen Stadtverordnetenfraktion die beiden Stadträte folgendes Schreiben an den Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg der USP.: „Mit Rücksicht auf die allgemeine politische Haltung der Partei, insbesondere der Vorkommnisse in der Stadtverordnetenversammlung vom 30. März erklären wir unseren Austritt aus der Partei."

Gewerkschaftliches.

Delegierten zum internationalen Gewerkschaftskongreß. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wird auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom, der Anfang April zusammentritt, durch die Genossen Th. Leipart und Adolf Cohen sowie die Genossin Gertrud Hanna vertreten sein. Vom Vorstand des Afabundes werden die Genossen Aufhäuser und Urban entsandt werden. Die Zentralverbände einigten sich auf gemeinsame Vertreter nach Industriegruppen und wählten die Genossen Drikmann (Metallindustrie), Beer (chemische Industrie), Tornow (Holzindustrie), Poeplow (Baugewerbe), Spreeberg (Textil und Bekleidung), Heuseisen (graphische Gewerbe) und Münzner (Kommunal- und Staatsbetriebe). Außerdem werden sich von den internationalen Berufssekretären, die ihren Sitz in Deutschland haben, die Genossen Simon (Schuhindustrie) und Streine (Malergewerbe) der Delegation anschließen.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftlichen Beamtenzentrale. Auf Grund der beschlossenen und bereits veröffentlichten Satzungen der Gewerkschaftlichen Beamtenzentrale wurden in der letzten Sitzung die Mitglieder des Ausschusses (§ 4) und des geschäftsführenden Vorstandes (§ 5) gewählt. Als Vorsitzende wurden bestimmt für die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände der Kollege Kaspar, für die dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände der Kollege Händeler. Mit den der Beamtenzentrale zugewiesenen Arbeiten wurde sofort begonnen.

Oldenburg und Umgebung.

Oldenburg, 3. April.

Demonstration gegen die Teuerung und gegen den Landbund.

Von sämtlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Beamten usw. war eine Demonstration veranstaltet gegen die Teuerung, sowie gegen das unverantwortliche Treiben des Landbundes, welcher zur gleichen Zeit in der „Union" gegen das Umlageverfahren protestierte. Etwa 2500 bis 3000 Personen haben an dieser Demonstration teilgenommen. Der Zug, der auf dem Schloßplatz Aufstellung nahm, bewegte sich durch die Lange Straße nach dem Pferdemarkt. Genosse Graeger schilderte die Notlage der unteren Schichten der Bevölkerung, hervorgerufen durch die unerhörten Forderungen der Entente, sowie durch die ungeheure Teuerung. Die Sicherstellung von Brotgetreide und Kartoffeln zu mäßigen Preisen für die Bevölkerung sei unbedingt nötig, um die immer mehr um sich greifende Verelendung der Massen aufzuhalten. Das Umlageverfahren und seine strikte Durchführung sei das mindeste, was gefordert werden müsse. Die Demonstration des Landbundes sei geradezu eine Herausforderung der Konsumenten. Wenn das Organ des brandenburgischen Landbundes schreibe: „Wir haben die Macht, wir haben den Roggen; die Regierung hat nur unzulängliche Machtmittel; Unser Lieferstreik und Steuerstreik wird das beweisen," so sei das ein Beweis, wohin die Reise gehe. Nur festgefügte Organisationen und der Zusammenschluß der Konsumenten könne hier helfen. Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute auf dem Pferdemarkt in Oldenburg versammelten Konsumenten aus allen Schichten und Klassen der Bevölkerung erheben ihre warnende Stimme gegen die wahnsinnige Preistreiberei aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, wodurch die Verelendung weiter Schichten der Bevölkerung aufs höchste gesteigert wird. Insbesondere sind die Preise für die notwendigsten Lebensmittel, Brot und Kartoffeln, unerschwinglich. Die Notlage der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, Angestellten und Beamten und der kleinen Rentner und Kriegsbeschädigten führt letzten Endes zur Verzweiflung. Unser Wirtschaftsleben, Ruhe und Ordnung werden dadurch gefährdet. Die Ausbeutung der Bevölkerung durch die unerhörten Forderungen der Entente, sowie die ungeheuren hohen Preise hindern den Aufbau unseres Wirtschaftslebens und führen letzten Endes zum Zusammenbruch. Sich dagegen zu wehren, gebietet der Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes. Die Versammelten fordern von der Regierung und den maßgebenden Behörden, alles zu tun, um der unbeschränkten Preistreiberei ein Ende zu machen. Als Mindestforderung muß das Umlageverfahren für Brotgetreide und Kartoffeln durchgesetzt werden. Die Versammelten sind bereit, die Regierung bei der Durchführung dieser Maßnahme zu unterstützen und verurteilen auf das allerschärfste, daß der Landbund gegen das von der Reichsregierung beschlossene Umlageverfahren protestiert. Um so mehr, da in der am 17. März dieses Jahres im Zivilkasino in Oldenburg stattgefundenen Versammlung sämtliche Berufsorganisationen, auch die der Landwirtschaft, mit dem Ministerpräsidenten in bezug auf das Umlageverfahren vollständig einig waren."

Freund Müller konnte es sich nicht verkneifen, die Gelegenheit zu benutzen, auf die Wirth-Regierung, auf das Steuerkompromiß und die Sozialdemokratie zu schimpfen und als Allheilmittel die Diktatur des Proletariats zu empfehlen. Genosse Graeger lehnte die Diktatur ab und empfahl den Kommunisten, wenn sie schon alles ablehnen, doch praktische und durchführbare Vorschläge zu machen und nicht Undurchführbares zu fordern. Uebrigens sei die heutige Demonstration zu Auseinandersetzungen nicht geeignet. — Damit löste sich die Demonstration auf. Schnell und ruhig hatte sich der Pferdemarkt geleert, so daß die ganze Veranstaltung einen würdigen Verlauf nahm. Bemerken wollen wir noch, daß sich auch die Organisation der Beamten daran beteiligte.

Taufscheine heraus! Die neuen Aufbauschulen, die zu Ostern dieses Jahres mit einer 6klassigen Unterrichtsstufe beginnen, geben die Aufnahmebedingungen für die Anmeldung bekannt. Danach wird bei der Meldung neben dem Geburtsschein ein „Taufschein" verlangt. So besagt die Bekanntmachung darüber, die einmal vom katholischen Oberschulkollegium und gleichzeitig vom Studiendirektor Dr. Korte-Oldenburg in den „Oldenburgischen Anzeigen" Nr. 65 vom 17. März d. J. erlassen ist. Die Bekanntmachung in diesem Sinne ist so sonderbar, daß man wohl die Frage aufwerfen muß, ob dem Ministerium die Bedingungen bekannt sind, und was das Ministerium zu tun gedenkt, die Forderung auf Vorlegung eines Taufscheines, die u. E. unstatthaft ist, illusorisch zu machen und der Oeffentlichkeit bekannt zu geben.

Hunde abmelden. Der Magistrat macht bekannt, daß abhandengekommene oder eingegangene Hunde bis spätestens am 14. April abgemeldet werden müssen.

Roheit. Sonnabend nachmittag wurde in der Haarenstraße von einem Reichswehrsoldaten ein kleiner Knabe überfahren. Der Soldat fuhr seiner Wege, ohne sich um den aus Mund und Nase blutenden Jürgen zu kümmern. Passanten, die Zeugen des Vorfalls waren, nahmen sofort die Verfolgung auf. Kriminalwachtmeister Wolf gelang es, den Flüchtling an der Ecke Zeughausstraße festzunehmen. Zur Feststellung seiner Personalien wurde der Soldat zur Polizeiwache geführt.

Aus dem Lande.

Dängastermoor. Maifeier. Die am Sonnabend der 1. April stattgefundene Parteiversammlung beschäftigte sich u. a. auch mit der Maifeier. Beschlossen wurde, sich am Reichsmitteln an dem Demonstrationszug in Varel zu beteiligen. Die Abendfeier soll bei Krake für den hiesigen Bezirk stattfinden. Hierzu soll am Donnerstag den 6. April eine gemeinschaftliche Versammlung mit der USP., dem Arbeiter-Turnverein und dem Arbeiter-Radfahrerverein bei Krake stattfinden, welche sich mit dieser Angelegenheit befassen soll.

Varel. Torfgräberei. In den Mooren sieht man trotz der wenig günstigen Witterung schon Torfgräber an der Arbeit. Allgemein herrscht die Ansicht, daß die Torfpreise noch steigen werden. Sowohl die Kolonisten, die Torf verkaufen, als auch die Hausbaltungen, die nur für den eigenen Bedarf Torf graben, suchen daher in diesem Jahre soviel wie mir irgendwie möglich zu gewinnen.

Einswarden. Metallwerke Unterweser Akt.-Ges. Die Friedrich-August-Hütte erzielte im Geschäftsjahr 1921 einen Betriebsüberschuß von 3 786 177 Mk. (1 254 138) und nach Abzug der Unkosten sowie nach Abschreibungen von 903 548 Mk. (249 389) einen Ueberschuß von 663 686 Mk. (13 501), aus dem 6 % (0) Dividende ausgeschüttet und 400 000 Mk. (—) den Rücklagen zugeführt werden soll. Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung: Da die Kohlenversorgung immer noch sehr ungewiß ist, auch der Mangel an geschulten und seßhaften Arbeitern sehr fühlbar und ferner die zukünftige wirtschaftliche Lage noch völlig ungeklärt ist, so läßt sich für das neue Geschäftsjahr nichts Bestimmtes voraussagen. In der Bilanz erscheinen Warenbestände mit 6 152 356 Mk. (4 396 049), Schuldner mit 5 039 785 Mk. (3 136 967) und Gläubiger mit 5 213 644 Mark (6 778 940). In der Bilanz per 31. Dezember erscheint erstmalig ein Wiederaufbaukonto von 5 010 445 Mk.,

Bildeshausen. Schulbau — Kanalisationspläne. In der letzten Sitzung des Stadtrats wurde der Neubau einer vierklassigen Schule, dessen Kosten auf 800 000 Mark veranschlagt sind, beschlossen. Die erforderliche Anleihe soll in 20 Jahren amortisiert werden. — Der Stadtmagistrat beschäftigte sich mit Kanalisierungs- und Pflasterungsplänen. Der Kostenanschlag beläuft sich auf 2 400 000 Mark.

Quakenbrück. Unser Notgeld wieder frei. Durch ausführlich begründeten Beschluß des Landgerichts in Osnabrück ist die Beschlagnahme unseres sogenannten Notgeldes aufgehoben worden. Unser Ebertschein ist in der Londoner „Daily News" vom 26. März 1922 abgebildet und ist dazu bemerkt, daß dieser Schein von den Sammlern der ganzen Welt eifrig gesucht wird.

Küstringer Parteiangelegenheiten.

Wohlfahrtsausschuß. Mittwoch abend 8 Uhr: Zusammenkunft im Parteibureau.

Wetervorhersage.

Morgen starkböige Winde aus westlichen Richtungen, teilweise heiter, milde, Niederschläge.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

(Der Tiefstand der Mark. — Die neue Reparationsbelastung in Papiermark. Das Anwachsen der schwebenden Schuld. — Löhne und Lebenshaltung in Oesterreich, Polen und Rußland.)

Die Note der Reparationskommission hat auf dem deutschen Geldmarkt eine geradezu verheerende Wirkung hervorrufen. Die Börse hat beim Bekanntwerden der Anforderungen sofort mit einem starken Sturz der Mark geantwortet. Wir haben einen bisher unerreicht gewesenen Tiefstand der Mark erhalten, gemessen an dem Dollarstand ist sie in ihrer Kaufkraft auf dem Weltmarkt auf 1,25 Mk. herabgesunken. Das bedeutet, daß wir für unseren Wareneinkauf im Ausland rund das 80fache an inneren Zahlungsmitteln aufbringen müssen, um einen Einkauf ausländischer Waren zu tätigen. Mit dieser Entwertung der Mark hält gleichen Schritt das Sinken der Kaufkraft im Inland. Die Preise schnellen im Eiltempo aufwärts. Die Indexziffer für den Großhandel, mit 100 Mark im Jahre 1913 in Anlauf gebracht, hatte im Januar 1921 die Ziffer von 1626, hat nunmehr im März aber die Ziffer 4588 erreicht. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1913 eine 45fache Steigerung der Preise, in dem kurzen Zeitraum vom Januar 1921 bis März 1922 das 3fache in der Preisaufwärtsbewegung. Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten ist innerhalb eines Jahres um 120,5 v. H. gestiegen und erreichte im Februar dieses Jahres die Indexziffer 1989. Leider ist anzunehmen, daß diese Tendenz noch anhält, womit die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung auf das ernsteste gefährdet wird.

Die Note der Reparationskommission geht in der auferlegten Zahlung über das nicht hinaus, was die deutsche Regierung in ihrer Note am 28. Januar für erträglich hielt. Aber damals rechnete man mit einer 45fachen Entwertung der Mark, so daß die 720 Millionen Goldmark in Papier einen Betrag von 32,4 Milliarden ergeben hätten. Bei dem gegenwärtigen Stand der Mark ist die Summe auf 57,6 Milliarden angewachsen. Wenn wir den Restbetrag von 438 Millionen Goldmark einsetzen, den die deutsche Regierung noch in diesem Jahre an die Entente in bar zahlen soll, so ergibt sich in der Umrechnung eine Belastung von rund 35 Milliarden Papiermark für die 9 Monate des Jahres 1922.

Zu dieser Summe käme hinzu die Aufwendung für Sachlieferungen in Höhe von 1450 Millionen Goldmark, die umgerechnet in Papiermark 116 Milliarden für das Jahr 1922 ausmachen. Damit ist der ganze Zahlungsplan, wie ihn die Note vom 28. Januar seitens der deutschen Regierung in Aussicht nahm, über den Haufen geworfen, und es besteht kein Zweifel, Anforderungen nur kurze Zeit möglich ist.

Finanziell stehen wir so, daß der geringste Stoß alles ins Rutschen bringen muß. Am 1. April 1921 hatten wir eine schwebende Schuld von 163,3 Milliarden Mark. Diese Schuld ist bis zum 20. März 1922 auf 265,2 Milliarden hinaufgegangen; mithin eine Zunahme innerhalb eines Jahres um rund 100 Milliarden. Mit der schwebenden Schuld steht im Zusammenhang die Notenausgabe der Reichsbank im Betrage von rund 116 Milliarden Mark. In diesen gewaltigen Summen ist der Fehler unserer Finanzwirtschaft deutlich erkennbar. Die Sozialdemokratische Partei hat wiederholt darauf hingewiesen, wie notwendig die Aufbringung größerer Mittel im Interesse der Ordnung unserer Finanzen ist. Von dieser Erkenntnis ausgehend, wurde sie ein Steuerprogramm unterstützen, das inhaltlich manche unbefriedigende Lösung bot, aber aus dem Zwange, in dem wir uns befinden, zur Notwendigkeit sich gestaltete. Die 50 Milliarden neue Steuern, die der Reichstag verabschieden soll, hätten, wenn die Beträge aus diesen Steuern früher geflossen wären, den Notendruck um nahezu die Hälfte vermindern können und damit schon eine erhebliche Erleichterung auf dem Geldmarkt herbeigeführt. Auch gegenwärtig wird es kein anderes Mittel geben, wenn wir nicht vollständig in bodenlose Entwertung der Mark hinabgleiten wollen, daß wir unsere Finanzen schnell soweit in Ordnung bringen, wie es in unseren Kräften steht.

Dabei kann nicht die Rede davon sein, wie es die Entente fordert, innerhalb eines kurzen Zeitraums 60 Milliarden neue Steuern abermals dem deutschen Volke aufzuerlegen. Das ist undurchführbar, wohl aber muß zunächst einmal das Steuerprogramm zur Durchführung kommen, das dem Reichstag gegenwärtig vorliegt. Ferner muß ernstlich daran gegangen werden, die großen Vermögen, die im Ausland angelegt sind, zur Steuer heranzuziehen und die bei der Warenausfuhr anfallenden Devisen in das Ausland hereinzuholen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gegenwärtig der Tiefstand der Mark große Beträge in fremden Zahlungsmitteln im Ausland bleiben. Industrie und Handel haben es verstanden, eigene Unternehmungen im Ausland zu etablieren, die dort den Warenverkehr betreiben und die finanzielle Regelung vollziehen. Kommen wir nicht dazu, diese Beträge in fremden Werten aus hochvaluterischen Ländern hereinzuholen, so kann der hiesige Devisenmarkt keine Erleichterung finden, und wir haben unter diesen Manipulationen fortgesetzt mit einer weiteren Verschlechterung der Mark zu rechnen. Daß dieser Zustand nicht aufrecht erhalten wird, daran ist die Arbeiterschaft in höchstem Maße interessiert. Nicht mit Unrecht wird darauf hingewiesen, daß die Zustände in Oesterreich, Polen und Rußland für uns die Aussicht der kommenden Entwicklung anzeigen. Wenn die deutsche Regierung das deutsche Volk davor bewahren will, muß sie mit allen Kräften der Tendenz dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten suchen. Dieser Hinweis in der Note der Reparationskommission ist durchaus berechtigt. In Oesterreich erreichte die Teuerung der Lebenshaltung im Oktober vorigen Jahres das 905fache des Vorkriegsstandes. Der Wochenlohn der Buchdrucker war vom Januar 1914 bis Oktober 1921 von 38 auf 6806 Kronen oder um das 179fache des Friedensstandes gestiegen. Im Dezember wurde der Lohn auf 17 424 Kronen oder auf das 459fache des Friedensstandes hinaufgesetzt, während die Kosten der Lebenshaltung auf das 594fache gestiegen waren. Bis zum 18. Februar d. J. ist abermals ein wöchentlicher Zuschlag von 4008 Kronen zu dem Lohn gekommen, d. h. ein Mindestwochenlohn von 21 432 Kronen. Für 4 Wochen ergibt sich ein Mindestlohnbetrag von 85 728 Kronen, die Kosten des Lebensunterhalts einer vierköpfigen Familie betrugen schon im Dezember in Wien 97 375 Kronen. Seitdem ist aber eine Verteuerung von 50 v. H. eingetreten.

In Polen zeigt die Entwicklung dasselbe trostlose Bild. Von Januar bis November 1921 sind die täglichen Lebenshaltungskosten einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in Warschau von 450 auf 1594 polnische Mark, oder um das 3½fache in die Höhe gegangen. Gleichzeitig stieg der durchschnittliche Tageslohn eines Bauhandwerkers von 506 auf 2348 Mark. Das entspricht einem Wochenlohn von 14 088 Mark. Eine ähnliche Bewegung weisen die Löhne der übrigen Arbeiter auf.

Bei der Betrachtung russischer Verhältnisse kommen wir noch zu erheblich höheren Summen, die russische Staatsbank hat auf Grund der Februarpreise für sechs große Bezirke das monatliche Existenzminimum festgesetzt; es schwankt zwischen 1,4 bis 3 Millionen Rubel.

So hoch diese Beträge auch erscheinen, tatsächlich ermöglichen sie nur eine kümmerliche Existenz des Daseins. Für eine Reichsmark zahlte die russische Staatsbank am 24. Februar dieses Jahres 2200 Sowjetrubel. Das monatliche Existenzminimum des ersten Bezirks in Höhe von 3 Millionen Sowjetrubel gleicht also nur 1364, das des 6. Bezirks in Höhe von 1¼ Millionen Rubel nur 568 deutscher Papiermark.

Inzwischen sind diese Zahlen längst überholt. Nach der „Ekonomicheskaja Shisn" vom 25. Februar 1922 kostete das monatliche Existenzminimum am 15. Februar 1922

	Sowjetrubel		Mark
in Petersburg . .	5 924 000	—	2 668
in Moskau . . .	5 068 000	—	2 801

Die absolute Höhe dieser Zahlen verschwindet bei der Umrechnung in Reichsmark, die mangels älterer Kursangaben zum amtlichen Kurse vom 24. Februar vorgenommen wurde. Auffallend ist dagegen die sprunghafte Steigerung der Lebenshaltungskosten. Vom 15. Januar bis zum 1. Februar erreichte sie in Petersburg 81 v. H. und in Moskau 77 v. H. der letzten Feststellung; die nächsten 14 Tage brachten eine weitere Verteuerung des Existenzminimums um 47 v. H. in Petersburg und um 26 v. H. in Moskau. Für den 24. Februar wird das monatliche Existenzminimum in Moskau auf 7 878 000 Sowjetrubel berechnet. Demnach hat in Rußland wiederum eine neue Teuerungswelle eingesetzt.

Landesbibliothek Oldenburg

Rüstringen.

Infolge Erhöhung der Bahnfracht ab 1. April d. J. muß der Höchstpreis für **Hausbrandkohle** wie folgt geändert werden:

Mk. 64,65 p. Ztr. ab Lager des Händlers,
Mk. 67,65 p. Ztr. frei Haus des Verbrauchers.

Die neuen Preise für die übrigen Brennstoffe werden bekanntgegeben, sobald wir die neuen Zechenpreise erhalten haben. [74

Rüstringen/Wilhelmshaven, den 1. April 1922.

Stadtmagistrat Rüstringen.
Der Magistrat der Stadt Wilhelmshaven.

Bekanntmachung.

Die II. Küstenwehrabteilung hält in der Zeit vom 3. bis 21. April 1922 Schießübungen aus schweren Küstengeschützen der Befestigungen in Schillig ab. Dieses wird den Anwohnern in der Umgebung der Befestigungen zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die schießende Truppe für Schaden, der durch Zertrümmern von Fensterscheiben, Porzellan oder ähnlichem entsteht, nicht aufkommen kann, soweit er von dem Geschädigten durch gehörige Sorgfalt hätte vermieden werden können. [42

Wilhelmshaven, den 1. April 1922.

Kommando der II. Küstenwehrabteilung.

Landgemeinde Varel

Die Stelle einer Schulreinigerin an der Schule in Büppel ist zum 1. Juli d. J. neu zu besetzen. Bewerberinnen wollen sich bis zum 8. April d. J. melden. 60

Schulvorstand der Landgemeinde Varel.
D. Wilken.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Hauptziehung 11. April - 13. Mai

Hauptgewinne 50 000 000 ℳ

Kauflose empfiehlt

Fangmann, Marktstr. 8,

Staatliche Lotterie-Einnahme, und Vertreter, Ecke Göker- und Bismarckstraße. 75

Erhielten einen Waggon

Saatkartoffeln

(frühe Juliniergen) reines Saatgut, von erster Saatbaustelle Hannovers.

64] Verkauf bei:

Folkert Wilken, Brunnenstr. 3. Tel. 634.
Wilh. Riesen, Einigungsstr. 3. Tel. 676.

ECHTE extra starke **Wacholder Heilung-Essenz** (Destillat) 12 Fl. 50.00 Mk., bei 24 Fl. 100.00 Mk., fr. u. inkl. Zu hab. in Apotheken u. Drogerien. Herst. **Lab. E. Walther**, Halle S, Trotha 142

Wer hat Stoff?

Trotz der Erhöhung für Löhne und Zutaten liefern wir noch einen

Anzug für 850 Mark

Alfred Mendel & Co.
Wilhelmshaven, Neue Straße 5.
Großes Lager in modernen Stoffen.

Gesucht auf sofort

20 tüchtige Dreher
5 Revolverdreher
8 Former.

10998

Deutsche Werke A.-G.
Werk Rüstringen.
Oeffentlicher Arbeitsnachweis.

Zu verkaufen

Drei Kinderwagen, Sitzliegewagen u. Sportwagen zu verk. [53 Rüstringer Str. 30 I l.

2 Läuferschweine zu verkaufen Wiesenstraße 1.

Fast neuer **Rockanzug** (Cuttaway), nach Maß gearbeitet, für schlanke Figur, Gr. 1,75 m, z. verk. Fest. Preis 2000 Mk. Zu erfr. Hollmannstr. 67.

Herrenfahrrad, gebr., z. v. J. Janßen, Schillerstr. 15.

Zu kauf. gesucht

Gebr. Möbel kauft und verkauft stets Möbelgesch. Gerichtstr. 3

Ziegenlämmer- sowie **Felle** aller Art kaufen zu hohen Preisen **Oppermann & Sohn,** Rüstr., Adolfstraße 82.

Wirkungsvolle Werbedrucksachen

kann nur eine mit den modernsten Schriften und neuesten Maschinen ausgestattete und von tüchtigen Fachleuten geleitete

Buchdruckerei

liefern. Mit Schrift-, Druck- und Papierproben stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung. Verlangen Sie Vertreterbesuch.

Fernruf 58

Paul Hug & Co. Buchdruckerei

Bauverein „Selbsthülfe" e. G. m. b. H., Rüstringen.

Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva.		Passiva.	
Gebäude-Konto . . Mk.	164 502.47	Geschäftsanteil-Konto Mk.	29 632.47
Elektr. Anlage-Konto	61,23	Reservefonds-Konto	828.41
Inventar-Konto	30.—	Unterstützungsf.-Konto	248.29
Heizungsanl.-Konto	323.55	Hypotheken-Konto	137 250.—
Waren-Konto	368.—	Kreditoren	1 883.74
Bank-Konto	7 926.82	Wohnungsbausteuer	2 900.70
Debitoren-Konto	105.—	Reingewinn	805.50
Kassenbest. a. 31. 12. 21	232.—		
Mk.	173 549.11	Mk.	173 549.11

Am Schlusse des Geschäftsjahres 1920 betrug die Zahl der Mitglieder 54
Eingetreten im Geschäftsjahre 1921 2
Am Schlusse des Geschäftsjahres 56

Von diesen 56 Mitgliedern hatten 55 einen Geschäftsanteil von je 1000 Mk., 1 Mitglied hatte 4 Geschäftsanteile, sind gleich 59 Geschäftsanteile. Die Haftsumme betrug 59 mal 1000 Mk., gleich 59 000 Mk. Die Gesamtsumme der Geschäftsanteile hat sich um 5653,65 Mk. erhöht.

Rüstringen, den 10. März 1922.

Bauverein „Selbsthülfe", e. G. m. b. H., Rüstringen.
Der Vorstand: H. Carstensen, A. Menking, K. Janßen.

Philharmonischer Chor.

Gesellschaftshaus.

Am Dienstag, den 4. April, abends 8 Uhr:

Die Schöpfung

Oratorium von Joseph Haydn.

Leitung: Kapellmeister Hans Blechschmidt
Solisten: Frau M. Heinemann, Düsseldorf (Sopran)
Herr Karl Lange, Bremen (Tenor)
Herr Hans Timmermann, Bremen (Bass)
Cembalo: Frau J. Schultz, Wilhelmshaven
Orchester: Das Philharmonische Orchester.

Karten im Musikhaus Fischer, Viktoriastrasse, und an der Abendkasse. — Die Saaltüren werden pünktlich um 8 Uhr geschlossen. — Nicht öffentliche Generalprobe am Montag abend 8 Uhr im Gesellschaftshaus.

Zu vermieten

Möbl. Zimmer zu verm. Grenzstr. 81, 2. Et. [62

Zu miet. gesucht

Jg. kinderl. Ehepaar (Handwerker) sucht auf gleich od. 1. Mai 1—2 leere Zimmer z. mieten. Off. erb. u. **M H** an die Exped. d. Bl. [50

Stellenangebot

Suche sofort oder später ein tüchtiges [70 **junges Mädchen** bei Familienanschluß für meinen Haushalt. Näheres **Hagemann,** Schaarreihe 85.

Gesucht sobald wie möglich ein **Mädchen** gegen guten Lohn. **Krankenhaus der Wollkämmerei Delmenhorst.** 61

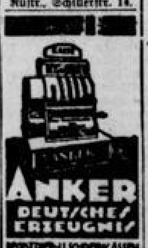
Verschiedenes

Brieftasche verloren. Geldinhalt kann behalt. werden. Bitte ehrl. Finder, Papiere abzug. **D. Kuske,** Altemarktstr. 16

Färberei F. W. Mäkler.

Hiesige Wolle wird gesponnen und gefärbt, hellfarbige Strickjacken gebe ab gegen Wolle u. Zuzahlung.

J. H. Eilers Färberei, chem. Reinig.-ng. Rüstr., Schillerstr. 14.



W. R. G. Koch
Wilhelmshaven
Kaiserstraße 36
Fernruf 1287

An- u. Abmeldescheine für Kellnerinnen zu haben bei **Paul Hug & Co.**

Rohrstühle flechtet Invalide **A. Kauschke,** Heppenser Batterie 26

Ackerland-Verpachtung.

Die Verpachtung d. Ackerländereien an der Fichte-, Holtermann-, Kant-, Bromm-, Bülow-Ost- u. Bismarckstraße findet statt **am 5. April 1922** während der Geschäftsstunden von 9 bis 1 Uhr vorm. und 3½ b. 7 Uhr nachmittags. [48 Die alten Pächter haben das Pachtvorrecht bis zum obengenannt. Tage abends 7 Uhr.

Ernst Tietjen, Auktionator, Gökerstraße 71, Fernsprecher 136.

Haarausfall

Schuppen u. Kopfjucken beseitigt sofort **Cefin. Haar-Nährfett.** Preis 7.50 ℳ Nur echt bei

Drogen-Meyer Marktstraße 18 und 46.

ADLER

Montag und folgende Tage der größte Operettenerfolg:

Mascottchen

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich

Achtung! Friseurgehilfen und Lehrlinge von Wilhelmshaven und Rüstringen.

Mittwoch, den 5. April, abends 8.30 Uhr, findet im Werft-Speisehause, Gökerstraße, eine **wicht. Versammlung** statt. Alle müssen unbedingt erscheinen. [55

Der Ortsausschuß des A. D. G. B.

Schützen-Verein Rüstringen e. V.

Mittwoch, den 5. April, abends 8 Uhr:

Jahres-Generalversammlung im Rathause.

Wegen wichtiger Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen dring. erforderlich.

Der Vorstand.

Verein ehemal. 91er.

Dienstag, 4. April:

Monats-Versammlung.

Beitragshebung ꝛc.

Nagut Geflügelfutter in Friedensqualität zur Erzielung unglaublich vieler Wintereier.

Reform-Hundekuchen, der auch von den verwöhntesten Hunden gefressen wird.

Henning Filiale

Tonndeicher Hof

Jeden Dienstag und Donnerstag:

Großer Ball.

Es ladet freundl. ein **H. Woldmann.**

Achtung, Reichsarbeiter!

Mittwoch, den 5. April 1922, abends 8 Uhr, im W'havener Gesellschaftshause, Bismarckstraße:

Versammlung

aller in den Reichsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer, soweit diese nach dem Reichslohntarif entlohnt werden. **Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlung mit der Reichsregierung.**

Ref.: Kollege Römer, Berlin.

Vollzähliges Erscheinen aller Beteiligten ist erforderlich. Nur freigewerkschaftlich Organisierte haben Zutritt. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Kartell-Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Wilhelmshaven-Rüstringen.

Dienstag, den 4. April, abends 7.30 Uhr, im Werftspeisehause, Gökerstr.:

Mitglieder-Versammlung.

— Tagesordnung: —

1. Bericht über die Lohnbewegung in der Metallindustrie u. die Erhöhung der Verbandsbeiträge
2. Aufstellung von Kandidaten z. Gewerkschafts-Kongreß [20
3. Kartellbericht
4. Verschiedenes.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Monopol

Besitzer: Wilh. Quinting. Tel. 500.

Heute Montag, 3. April:

Stella Sylvana

Konzert-Sängerin.

Morgen Dienstag, 4. April:

Deutscher Lieder-Abend

Hauskapelle :: Stella Sylvana.

Beginn 8 Uhr bei freiem Eintritt.

Es ladet höflichst ein:

Wilhelm Quinting.

NB. Nach dem Konzert: Hausball.

Jeden Dienstag abend 8 Uhr (außer 11. April)

Laufende Vorträge

in Wiechmanns Saal am Banter Markt
Vereinigung Ernster Bibelforscher. 65

Vereinsabzeichen

billigst bei Christian Wiechmann
Rüstringen, Werftstr. 4 Fernspr. 450.

Am Sonnabend, den 1. April, starb unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, die Witwe [45

Louise Salié,

geb. Düdden,

im fast vollendeten 90. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten:

Gustav Niehoff und Frau, geb. Salié, nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. April, nachmittags 2.30 Uhr, vom Trauerhause, Kaiserstraße 44, aus statt.

Todes-Anzeige (Statt Karten.)

Am 1. April 7½ Uhr morgens entschlief plötzlich und unerwartet am Herzschlag unser lieber unvergeßlicher Sohn [71

Helmut Ditrich Müller

im Alter von 1 Jahr 1½ Monat.

In tiefer Trauer **Dirk Müller und Frau** Bertha, geb. Hugghe, und Angeh.

Rüstringen, Gökerstraße 103.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. d. M., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle Aldenburg aus statt.

Vorarbeiter-Verein der Reichswerften
Wilhelmshaven - Rüstringen.

Nachruf!

Am 1. April verschied unser langjähriges Mitglied, der Maschinenbauer

Herr Richard Abert

im 50. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken ist ihm sicher. [59

Rüstringen, den 2. April 1922.

Zur Teilnahme an der Beerdigung versammelt sich die Abteilung Buchstabe S—Z am Dienstag, den 4. d. M., nachm. 2.30 Uhr, bei der Leichenhalle Friedenstraße.

Der Vorstand.

Für die uns zur goldenen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten herzlichsten Dank

Joachim Krull u. Frau.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßl. der Konfirmation unserer Tochter **Henriette** sagen wir herzlichen Dank.

G. Free u. Frau
69] Gartenweg 3.

Danksagung.

Für die unendlich vielen Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unserer Tochter **Elisabeth** sprechen hierdurch ihren herzlichen Dank aus.

H. Bogena u. Familie.
Peterstr. 76.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Rüstringen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenbauer

Richard Abert

verstorben ist. [64

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. April, nachm. 2.30 Uhr, vom Friedhof in der Friedenstraße aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Rüstringer Schachklub.

Nachruf!

Am 1. 4. 22 verstarb unser Mitglied, Herr

Richard Abert.

In dem Verstorbenen verliert der Klub ein eifriges, tätiges Mitglied. Sein Tod bedeutet für den Klub einen großen Verlust. [43

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Verein d. Schlesier Wilhelmshaven-Rüstringen.

Nachruf!

Am 1. April verstarb unser Landsmann [72

Richard Abert.

Der Verein wird seiner in Ehren gedenken. [72

Beerdigung am Dienstag, den 4. 4., nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle Friedenstr. Zahlr. Beteil. der Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

Nachruf!

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb uns. Kollege, d. Maschinenbauer

Richard Abert

im 50. Lebensjahre. Wir werden seiner stets gedenken. [49

Die Kollegen des Maschinenbau-Außenbetriebs, Ressort IV, Marine-Werft.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 4. April, nachm. 2.30 Uhr, von der Leichenhalle, Friedenstr., aus statt.

Danksagung.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unsers lieben Entschlafenen sagen wir unsern innigsten Dank. [58

Fritz Peters u. Sohn
Familie Dewers.
Familie Peters.

Landesbibliothek Oldenburg

Oldenburg und Ostfriesland.

Frühlingsfest.

Wenn von einem Frühlingsfest geredet wird, dann denkt man auch an den Sonnenschein. Aber nichts von dem war gestern zu bemerken. Der April zeigte sich von einer seiner unangenehmen Seiten. Immerhin war auf dem Bismarckplatz lebhaftes Treiben. Was die Sonne unterließ, nämlich das Wärmespenden, suchten die Besucher des Frühlingsfestes dadurch zu ersetzen, daß sie sich gegenseitig warm drängelten. Daß es hierbei allein nicht blieb, sondern die übrigen Genüsse, die sich für jung und alt boten, soweit der Geldbeutel es zuließ, mitgenommen wurden, ist selbstverständlich. Und so dürften auch die Geschäftsleute auf ihre Rechnung gekommen sein. Das ist ja auch der Zweck der Veranstaltung. Die Steigerung der Eisenbahntarife und der Unkosten im allgemeinen läßt die reisenden Geschäftsleute ihren Verdienst jetzt mehr als bisher in der Nähe ihres Wohnsitzes suchen. Der Verdienst ist ihnen also wohl zu gönnen, zumal es sich ja gleich bleibt, wo man sein überflüssiges Geld los wird. Auch die Stadt macht ja (Vergnügungssteuer) ein Geschäft dabei.

Für einen Familienvater, der mit seinen Kindern nach dem Bismarckplatz pilgert, hat die Sache insofern einen Haken, als er nicht alle Wünsche befriedigen kann. Was vordem für einen Nickel zu erstehen war, kostet jetzt oft 2 Mark. Konnte der Junge oder das Mädel früher für einen Groschen dreimal auf dem Karussellgaul herumreiten, zahlt man für dasselbe Vergnügen einmal deren fünf. Auch die Demokratie hat sich durchgesetzt, denn es gilt gleiches Recht für alle. Der Preisunterschied insofern, als Kinder die Hälfte zahlen, ist verschwunden und die Jugend, sei es auch die allerkleinste, kann sich nicht beklagen, daß sie in bezug auf Zahlen den Alten gegenüber zurückgesetzt wird. Daß aber die Karussells deswegen leer liefen, war nicht zu bemerken. Jung und alt kosteten die Freuden so lange aus, als es die Finanzen zuließen.

Ueber der kleinen Budenstadt ragt finster das Standbild des seligen Bismarck empor. Dem größten Teil wendet er seine Kehrseite zu, als wäre er erbost über die Vergnügungssucht in so ernster Zeit. Wenn ich deutschnational wäre, könnte ich in Versuchung kommen, eine Moralpauke zu halten über die Verderbnis und Vergnügungssucht des Volkes. Doch ich fühle mich nicht berufen zu einer Rolle als Pharisäer, zumal ich weiß, daß auch diese Herrschaften den Genüssen des Lebens gar nicht so abhold sind. Nur geben sie ihren Freuden nicht auf dem offenen Marktplatz nach, sondern an verschwiegeneren Orten, wo letzten Endes die blauen und braunen Lappen genau so umherflattern, als die zerschlissenen Markscheine der kleinen Leute.

Also lassen wir auch diesen ruhig ihr Vergnügen. Was mitunter an der einen Stelle zuviel ausgegeben wird, muß an anderer wieder durch Sparsamkeit ausgeglichen werden. Ob diese Einstellung zu den Dingen richtig oder falsch ist, darüber wird eben jeder seine eigene Meinung haben. Wenn so ein Junge oder Mädel sich an einer Lutschstange satt gezogen haben, mögen sie, wenn sie nach Hause kommen, kein Abendbrot mehr. Groß ist der Unterschied zwischen dem Preis von einem Brot und einer Zuckerstange ohnehin nicht mehr, also kommt es auf eins heraus. Was Wunder, wenn man in vielen Kinderfäusten so ein Ding sah. Aber nicht nur kleine, auch große Kinder bis zu 20 Jahren fanden Vergnügen an der Zuckerstange. Ich weiß nun nicht, ist das nur eine Modeerscheinung, oder bahnt sich da so etwas wie eine Erneuerung unserer erwachsenen Jugend an, die man sonst nicht anders zu Gesicht bekommt als mit der Zigarette zwischen den Lippen. Immerhin scheint dieses wohl ausgeschlossen zu sein, denn im Grunde genommen ist der Deutsche konservativ in seinen Anschauungen, wenigstens behaupten das die Deutschnationalen — so daß dieses Bedürfnis nach der Zuckerstange eine Abwechslung ist, die das Frühlingsfest mit sich bringt. Wer also ein Bedürfnis nach Abwechslung hat, der wende in den nächsten Tagen seine Schritte nach dem Bismarckplatz. Er wird dort mancherlei finden, was ihn, wenn auch nur für kurze Zeit, den grauen Alltag vergessen läßt. Hoffentlich läßt sich noch einmal die Sonne herbei, einige Strahlen herabzusenden, daß es auch äußerlich aussieht, als wenn es ein Frühlingsfest ist. -s-.

Seemännische Auskunftsbureaus.

Dem Großhamburgischen Ausschuß für Bekämpfung der Schwindelfirmen wird geschrieben: Jedem sind aus der Jugendzeit die Geschichten von shanghaier Matrosen bekannt, die verbrecherische Heuerbase mit Hilfe des Alkohols auf Schiffe brachten, für die freiwillig keine Bemannung zu bekommen war. Solchem Treiben hat der Staat frühzeitig einen Riegel vorgeschoben, indem er das Heuerwesen unter besondere Aufsicht stellte und eine behördliche Genehmigung für die Ausübung des Gewerbes vorschrieb.

Trotzdem erscheinen täglich in den Zeitungen Inserate, die jungen Leuten, die zur See fahren oder nach Uebersee auswandern wollen, glänzende Stellungen oder freie Ueberfahrt in Aussicht stellen. Diese Versprechungen sind irreführend. Wer sich auf ein solches Inserat meldet, bekommt unter Nachnahme von 15 bis 25 Mark statt der erhofften Stellenliste einen gedruckten Prospekt mit wohlweisen allgemeinen Redensarten über den Seemannsberuf und Aufzählung einiger großer Heuerbureaus. Das Empörendste an diesem Schwindel ist, daß der Prospekt aus der Zeit vor dem Kriege herrührt und infolgedessen auf die heutigen Verhältnisse überhaupt nicht mehr paßt. Manche der Bureaus haben sogar die Dreistigkeit, hinzuzusetzen, man warte am besten mit seiner Bewerbung, bis die deutsche Schiffahrt sich wieder genügend gehoben habe. Welchen Umfang der Schwindel hat, mag man daraus ersehen, daß bei den Heuerbureaus der großen Schiffahrtsgesellschaften täglich eine Unmenge Anstellungsgesuche einlaufen, die sich auf diese Bureaus berufen. Folgende 13 Firmen leben zurzeit von diesem „Erwerbe“:

Die Redaktion
ist von jetzt ab nur noch über
Nr. 58
zu erreichen. Wir bitten, dieses zu beachten.

Auskunftsbureau Ziegenhorn u. Schulz, Niederlößnitz bei Dresden. — Seemännisches Auskunftsbureau in Leipzig-Sellern, Greifswalderstraße 12. — Carl Schulz, Magdeburg. — Herbert Senff, Berlin-Friedrichshagen. — R. Taubert, Schleusingen. — W. Schirmer, Stendal, Rathenower Straße. — Seemännisches Auskunftsbureau Oppeln, Oberschlesien, Postfach. — Bruno Schulz, Berlin N., Pankstraße 80, III. — Auskunftei Hamburg 36, Schließfach 112 B 18. — Deutscher Anker, Bordesholm bei Kiel. — Seemannsruh, Auskunftsstelle für Seefahrtsverkehr und Schiffspersonal in Kiel. — Seemännisches Auskunftsbureau Greiz i. Vogtl. — Seemännisches Auskunftsbureau Oberbeuren bei Kaufbeuren.

Gesetzlich ist diesem Gewerbe schwer beizukommen, doch könnten die Zeitungen mit einem geschlossenen Ablehnen solcher Inserate dem Wirtschaftsleben einen dankenswerten Dienst erweisen.

Vereinigung zum Ausbau des Rüstringer Kinderheims.

Eine Anzahl edelgesinnter Personen hat es sich seit jeher auch hier zur Aufgabe gemacht, die Insassen unserer Wohltätigkeitsanstalten (Altersheim, Pflegeheim, Kinderheim) mit gelegentlichen Liebesgaben und Wohltaten zu bedenken. Dabei haben diese Förderer wahren Menschentums stets hilfreiche Hände in allen Kreisen der Bevölkerung gefunden; ein Zeichen dafür, daß auch hier in der Arbeiterstadt der Idealismus trotz der schlimmen Zeiten noch ungeschwächt vorhanden ist. Diese wohltätigen Triebkräfte in der Bürgerschaft, denen nicht zuletzt das Wohl und Wehe der Armenkinder und Waisen am Herzen liegt, haben nun den großen Plan aufgestellt, unser Kinderheim, das nicht mehr den Anforderungen, die die große Anzahl hilfsbedürftiger Kinder an das Heim stellt, genügt, auszubauen, das heißt, die Vereinigung will der Stadt die Mittel an die Hand geben, um den geplanten Ausbau zu verwirklichen. War es schon eine erfreuliche Errungenschaft, den früheren alten Sportpark den städtischen Pflegekindern zur Verfügung stellen zu können, um sie aus dem Armenhaus mit seiner dem Kindergemüt nicht zuträglichen Umgebung zu befreien, so wird der geplante Ausbau dieses Kinderheims der guten Sache noch mehr dienen, denn die Zahl der Kinder, die die Stadt in Obhut zu nehmen hat, steigt dauernd, so daß schon jetzt wieder das Armenhaus für die Kinderpflege zum Teil wieder in Anspruch genommen werden muß. Um nun diese Hilfsaktion auf eine breite Grundlage zu stellen, hat sich am Sonnabend im Kinderheim eine kleine Gesellschaft zusammengetan, die sich die „Vereinigung für soziale Fürsorge i. der Stadt Rüstringen“ nennt und die ein gerichtlich eingetragener Verein ist. Sie hat an die Spitze den bewährten Vorkämpfer für Wohlfahrts- und Armenwesen, den Stadtrat Hug, gestellt und besteht zurzeit nur aus Arbeitern und Angestellten. Mitglieder, die die Vereinigung mit Geld kräftig unterstützen können, sind ihr willkommen. Am ersten Ostertage wird der Verein zum ersten Male an die Oeffentlichkeit treten, und zwar mit einem Wohltätigkeitsabend, der im Schützenhof stattfindet. Ihre wohlwollende Mitwirkung haben zugesagt: das Bandonion-Orchester Rüstringen, der Arbeiter-Männerchor „Flora“, der Mandolinenklub „Harmonische Acht“, der Theaterklub „Frohsinn und Scherz“ sowie einige Einzelpersonen. Ein ganz vorzügliches Programm ist zusammengestellt. Personen, die diese gute Sache in erhöhtem Maße geldlich unterstützen wollen, sei das bei der Städt. Sparkasse Rüstringen errichtete Konto der Vereinigung angelegentlichst empfohlen.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 3. April.

Lichtbilder-Vortrag. Am Donnerstag den 6. April, abends 8 Uhr, findet im „Friedrichshof“ auf Veranlassung des Bildungsausschusses ein Lichtbildervortrag statt. Herr D. Plate-Bremen wird über „Die Entwicklungsstufen der Liebe und Ehe“ sprechen. Unseren Genossen wird der Vortragende, der bereits mehrfach Lichtbildervorträge hier gehalten hat, und die stets gut angesprochen haben, noch in guter Erinnerung sein. Auch dieser Lichtbildervortrag, von Herrn Plate in seiner fesselnden Art gegeben, dürfte das Interesse unserer Genossen und Genossinnen finden. Wir wollen daher auf denselben besonders hinweisen. Karten sind an den allgemein bekannten Stellen zu haben.

Wilhelmshaven, 3. April.

Das Abrufen der Züge. Vom 1. April dieses Jahres ab wird das Abrufen der Züge in den Warteräumen nur noch auf den Bahnhöfen: Bad Oeynhausen Nord, Bad Pyrmont, Bielefeld Hbf., Bremervörde, Elze (Hann.), Gardelegen, Geestemünde-Bremerhaven, Hameln, Hannover, Hildesheim Hbf., Herford, Lehe, Lehrte, Löhne (Westf.), Lüneburg (Ostseite), Minden, Nienburg (Weser), Oebisfelde, Verden, Stendal, Wieren und Wunstorf erfolgen. Auf allen übrigen Bahnhöfen des Eisenbahndirektionsbezirks Hannover wird künftig zum Einsteigen nicht mehr abgerufen.

Handarbeitsausstellung in der Königin-Luise-Schule. In der Aula der Anstalt, Wallstr. 29, findet gegenwärtig bis Dienstag abend täglich von ½4—7 Uhr eine sehenswerte Ausstellung weiblicher Handarbeiten aller Klassen statt, die den tätigen Eifer der Schülerinnen und die unterrichtliche Tätigkeit der Lehrerinnen in recht erfreulicher Weise beleuchtet. Der Besuch der Ausstellung ist zu empfehlen.

Alarmierung der Werftfeuerwehr. Am Sonnabend wurde die Werftfeuerwehr zweimal gerufen. Das erste mal nachmittags 5,12 Uhr nach der Hafenkaserne, wo Kinder den Feuermelder aus Spielerei gezogen hatten. Gegen 11,42 Uhr abends rückte die Wehr nochmals nach der Schlosserstraße aus, wo in einem Hause ein Schornsteinbrand ausgebrochen war. Die Gefahr wurde von der Wehr bald beseitigt.

Demokratische Versammlung. Im Saale des Gesellschaftshauses sprach gestern morgen der Demokrat und ehemalige Botschafter in Amerika, Graf Bernstorff. Wer angenommen hatte, der Name des Referenten hätte eine überfüllte Versammlung gebracht, konnte enttäuscht sein. Der Saal war soeben besetzt. Die Demokraten versprechen sich ja große Erfolge von ihrer Werbewoche und ständen sie ganz allgemein auf dem Boden des Referenten, könnte man ihnen diese wünschen. Ob aber der Gedanke, daß die Demokraten eine ausschlaggebende Rolle hinsichtlich der Ueberbrückung von links und rechts auf die Dauer spielen werden, steht noch dahin. Mit den Ausführungen des Referenten kann man, da er sich nur mit der Erfüllungspolitik und den außenpolitischen Notwendigkeiten beschäftigte, einverstanden sein. Der fühlblickende Diplomat, der Graf Bernstorff nun einmal ist, sieht hier rein sachlich die Möglichkeiten, die sich dem deutschen Volke bieten. Er legte besonders die Einstellung Amerikas zu den europäischen Problemen dar. Sie steht ja auch im Vordergrunde des nächsten Geschehens. In Amerika, sagte er, ist der Abrüstungsgedanke durchaus populär. Zum andern legt es großen Wert darauf, daß es seine wirtschaftlichen Beziehungen zur gesamten Welt wieder aufnehmen kann. Große Hoffnungen auf Genua zu setzen, sei verfehlt. Positive Erfolge dürften nicht gezeitigt werden. Immerhin sei zu hoffen, daß für Europa zwar günstige Erfolge zu erwarten wären, doch würden sie nach außen hin nicht gleich in Erscheinung treten. Amerika legt Wert darauf, daß die wirtschaftlichen Fragen einer Klärung entgegen-

---

Krämer und Seelen.

Ein deutscher Großstadtroman von Johannes Thummerer.

53) Nachdruck verboten.

So war nun Auguste endlich am Ziel ihrer Wünsche angelangt. Satt und zufrieden atmete sie auf. Daß man ihr Kurt absprach und Pauline, die ihn zu sich nehmen wünschte, überließ, daran lag ihr wenig. Der Junge hatte, seit er aus der Schule entlassen war und bei Niklas lernen sollte, nur faul herumgelungert. Mochte sich Pauline mit ihm abärgern! Sie suchte sich nun ihr Leben so angenehm als möglich einzurichten. Kinder hatte sie keine, Geld dafür in Hülle und Fülle. Für unsinnige Spekulationen war sie nicht zu haben. Also fühlte sie sich im Besitz des Erreichten, trotz der Ungewißheit der Kriegslage, recht sicher und genoß ihr Leben mit vollen Zügen. Tagsüber arbeitete sie weiter umsichtig und mit kalt berechnendem Eifer im Geschäft und nachts besorgte sie hinfort Niklas' auswärtigen Dienst; das heißt, sie streifte nun gleich ihm die Kaffeehäuser und Restaurants ab, machte im Handumdrehen eine Unmenge Bekanntschaften, schloß Geschäfte ab und litt nicht weiter unter der Anrüchigkeit dieses Leben, denn zartfühlend war sie ja nie gewesen, und daß sie nach dem Skandal nicht mehr Ausschußmitglied der verschiedenen bürgerlichen und Wohltätigkeitsvereine sein konnte, die sie bisher doch auch nur wegen ihrer Freigebigkeit unter sich geduldet hatten, war ihrem von keinerlei sentimentalen Idealismus beengten Sinn ohne weiteres klar. Der Verzicht auf diesen Verkehr ward ihr um so leichter, als man sich in den Nachtcafés und Bars weit besser unterhielt. Auf die schiefe Ebene, das wußte sie, würde sie bei diesem Leben nicht gelangen. Dazu war sie viel zu nüchtern und berechnend. Dummheiten und Verschwendung gab es für sie nur bis zu einem gewissen Grade, eben so weit, als es ihre Vermögenslage gestattete. Ein sinnloses Wirtschaften darüber hinaus widersprach geradezu ihrem Naturell. Mit diesen einfachen, aber selten Zweck und Ziel verfehlenden Eigenschaften hatte sie sich Niklas ergattert, hatte sie jahrelang bei ihm ausgehalten, um ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen; sie legten es ihr nun auch zur gebieterischen, von keinerlei weichen Regungen beirrbaren Notwendigkeit auf, ihn, sowie er ihr zu nichts mehr nütze war, beiseitezuschieben, und sie sollten sie auch weiterhin vor allen Fährnissen bewahren.

28.

Pauline waren Augustens praktische Grundsätze fremd, oder vielmehr, sie hatte überhaupt keine Grundsätze. Indessen waren auch die Gefahren, die ihr drohten, anderer Art. Um sich auf einmal, durch eine verfehlte Spekulation, zugrunde zu richten, dazu fehlte ihr nicht nur das Betriebskapital, sondern auch der Wagemut. Mit ihr ging es in dieser Zeitläuften, die viel Umsicht und haushälterischen Sinn verlangten, langsam, aber sicher abwärts. Daran war gewiß nicht allein dieses schuld, daß sie das Sparen gänzlich verlernt hatte und sich durch die Befriedigung von mancherlei Bedürfnissen, die sie früher kaum gekannt hatte, über ihre neuerliche Vereinsamung hinwegzutäuschen suchte. Die schlechte wirtschaftliche Lage, in die ihres wie hunderte von anderen kleinen Geschäften kamen, die keine großen Abschlüsse wagen konnten, der zunehmende Mangel an Textilwaren, die Sparsamkeit des Publikums, das seinen Bedarf einschränkte, dazu die außerordentliche Verteuerung der Lebensmittel, all dies waren Momente, die mindestens ebensosehr mit ins Gewicht fielen und wesentlich zum mählichen Ruin ihres Geschäftes beitrugen. Ein halbes Jahr lang genoß sie den Triumph, Niklas zugrunde gerichtet zu wissen, — und man muß sagen, sie genoß ihn ausgiebig und ließ sich die Freude etwas kosten. So hatten die Weiber, die sich schmeichlerisch als ihre wohlmeinenden Freundinnen ausgaben, noch nie bei ihr schmarotzt, so sorglos hatte sie noch nie einen Hundertmarkschein nach dem anderen ausgegeben, so blindfroh war sie noch nie auf die Sparkasse gegangen, wie in diesen Tagen Woche für Woche, um einen Teil ihrer Ersparnisse nach dem anderen zu beheben. Sie sah kaum, wie ihr Bargeld jäh schwand, wie ihr Warenlager kleiner und kleiner wurde, sie bedachte kaum viel, daß sie tage-, ja wochenlang keine neuen Einkäufe besorgte, sondern nur verkaufte — verkaufte, um Geld in die Schublade zu bekommen; sie hatte nur den einen Gedanken, der sie ganz mit Genugtuung und Zufriedenheit erfüllte: all die Gemeinheiten, die Niklas an ihr begangen, waren nun gerächt. Und nun scheute sie sich auch nicht mehr, von ihrer Scheidung zu sprechen. Leuten, die sie kaum ein paar Minuten kannte, tischte sie die traurige Geschichte ihrer einstigen Ehe auf und sparte dabei nicht mit bissig-höhnischen Schimpfnamen. Was konnten ihr in diesen Tagen ihre Kinder sein! Sie hatte immer, nur für deren äußere Bedürfnisse mit nüchterner Selbstverständlichkeit sorgend, an ihnen vorbeigelebt, nun tat sie es erst recht. Klara weilte immer noch in dem Schwarzwälder Landerziehungsheim. Die vergaß sie ganz, als wäre sie nicht ihr eigen Kind, und sie beantwortete keinen ihrer Briefe. Agnes aber ließ sie wie früher ihren Willen. Die saß nach wie vor zu Hause und dachte gar nicht daran, eine Stelle als Buchhalterin anzunehmen, solange noch ein voller Teller für sie bereit stand. Heiner brachte von Monat zu Monat schlechtere Zensuren nach Hause.

(Fortsetzung folgt.)

Adler-Theater: Mascottchen.

Vom „Schattentanz“ zum „Mascottchen“! Ja, vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt. Aber man soll nicht richten: der eine schwärmt mehr für Beethoven, dem andern genügt Bromme. Man darf dieser neuen Operette nicht nachsagen, daß sie besser oder schlechter ist als die anderen neuen. Die Musik verschmäht es, von dem jetzt Ueblichen abzuweichen. Die sogenannte Handlung trägt als Motto: Unsinn, du siegst. Sie ist ungefähr so: Eine Komteß soll einen Grafen heiraten, den sie nicht mag. Ihre Mutter richtet ihr als zukünftiges Heim eine Villa ein, in der früher eine Tänzerin gewohnt hat. Diese Tänzerin heißt, wie die Komteß, Marion. Kapitän Krag, ein alter, ehrlicher Seemann, der die Tänzerin noch in der Villa vermutet, richtet in dem Hause eine große Verwüstung an. Die Komteß, die sich nach dem großen Erlebnis sehnt, folgt seiner Einladung an Bord zum Ball, verliebt sich in seinen Neffen und der Graf hat das Nachsehen. Daß da noch die üblichen Verwechslungen und Zufälligkeiten mitspielen, versteht sich.

Gespielt wurde ausgezeichnet, und man braucht nicht gerade weise zu sein, um dem „Adler“ für die nächste Zeit volle Häuser zu prophezeien. Wer den Hauptersolg davontrug, läßt sich schwer sagen. War es Vally Chandoni, die mit sehr viel Temperament und lieblicher Stimme das Mascottchen auf die Bühne brachte? Die Seestiefel als Schiffsjunge sollte sie aber einige Nummern kleiner nehmen. Felix Kroll war ein herzensguter Onkel Krag von überwältigender Komik. Seine Wiege scheint an der Waterkant gestanden zu haben, sonst könnte er den hamburgischen Dialekt nicht so meisterhaft beherrschen. Bei ihm lag auch die Regie in guten Händen. Es klappte alles sehr gut. Eine neue Kraft ist Hans Trostli. Er hat eine gute, volle Stimme und ist ein guter Schauspieler. Nicht übel ist auch die andere Neue, Gerda Erwen, wenngleich ihre Tänzerin noch etwas zaghaft ist. Rudi Michels fand sich mit der Rolle des Grafen Eric gut ab. Darstellerisch ist er sehr gut, stimmlich genügt er nicht ganz. Seine Stimme ist in den höheren Lagen nicht biegsam genug. Die übrigen Darsteller: Gretel Fillermann als Gräfin-Mutter, Anton Carl als Graf, Leo Herzog als Ordonnanz, einschließlich des Chors, halfen durch frisches Spiel dem Stücke zu dem Bombenerfolge, den es hatte. Es wurde viel gelacht, und gab viel Beifall.

Ueber das Orchester ist nicht viel zu sagen, mag sein, daß das Zusammenspiel sich bei den Wiederholungen bessert. So kam kaum ein anständiges Bierkonzert zustande. Am Dirigentenpult saß Herr Schäfer, er hatte Sänger und Chor gut in der Hand und wird auch in das Orchester den nötigen Schwung und den Wohlklang bringen. H. Hoffmann.

Landesbibliothek Oldenburg

geführt werden. Geschieht dieses in Genua nicht, so würde eine folgende Konferenz diese Klärung bringen. Deutschlands Weg sei die Erfüllungspolitik — nicht absolute Erfüllung, sondern der Wille zur Erfüllung. Daß diese bisher die richtige war, zeigte sich dadurch, daß der letzten Reparationsnote widersprochen werden konnte, ohne daß Frankreich einmarschiere. Phraseologie sei daher der Rechtsparteien Forderung nach dem starken Mann unter Berufung auf Bismarcks Politik. Gerade Bismarck habe zu der Zeit, als er an der Spitze eines geschwächten Preußens stand, eine sehr vorsichtige Politik gemacht. — In der Aussprache nahmen nur der Unionist Michau, der die ganzen Parteien für überflüssig hält, und Herr Raschke das Wort. Letzterer stellte einige Fragen hinsichtlich des Zentralstaatsproblems und wünschte Sparsamkeit, besonders auch auf dem Gebiete der Schule. Es genüge da, wenn das bisher bestehende erhalten bliebe. Uns will scheinen, als wenn der Zentrumsmann Raschke hier dem Handwerksmeister, der doch ein Interesse am weitgehendsten Ausbau der Schule haben sollte, über war. — In seinem Schlußwort legte Graf Bernstorff den Standpunkt der demokratischen Partei hinsichtlich des Zentralstaates dar, indem er sagte: Deutschland könne nicht ein Zentralstaat werden wie Frankreich, sondern innerhalb der demokratischen Republik Deutschland müsse die größtmöglichste Dezentralisation platzgreifen. — Eine Entschließung, die die Politik der Reichsregierung billigt, wurde angenommen.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Adler-Theater. Die mit größtem Erfolg aufgenommene Operette „Mascottchen" bleibt vorläufig auf dem Spielplan. Karten sind im Vorverkauf täglich an der Kasse zu haben.

Arbeitersport! Heute abend 8 Uhr findet im „Siebethsburger Heim" (Dutke) eine Zusammenkunft des neugewählten Gruppenspielausschusses statt, wozu alle Vereins-Jugendspielleiter zu erscheinen haben.

Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung". Morgen, Dienstag, abend haben unsere Städte in musikalischer Beziehung einen großen Tag: Haydns herrliches Oratorium „Die Schöpfung" gelangt in dem Wilhelmshavener Gesellschaftshause zur Aufführung. Nur da, wo ein gut einstudierter gemischter Chor vorhanden ist, kann an eine solche künstlerische Aufgabe herangetreten werden. Wir haben einen solchen hier am Orte im Philharmonischen Chor. Ein volles Jahr hat dieser unermüdlich und mit Hingabe daran gearbeitet, Haydns „Schöpfung" einzuüben, um eine stilgerechte, des Werkes würdige Wiedergabe sicherzustellen. Mag der Besuch des Abends zeigen, daß die gute Kunst unserer alten Meister auch hier in den Jadestädten gewürdigt wird!

Konzerte.

Passions-Konzert. In aller Stille wirkt seit einigen Jahren Herr Organist Hackstette mit großem Erfolg für die Verbreitung guter Kirchenmusik. Sein Hauptziel ist Bach und es erfreut immer die Sicherheit, mit der er aus der großen, reichhaltigen Literatur Bedeutsames auswählt. Die Vortragsfolge wurde durch Bachs düsteres „O Haupt voll Blut und Wunden" vom gemischten Chor eingeleitet, dem das hoffnungsvolle „Ave verum" von Mozart folgte. Diese an sich nicht leichten Chöre gelangen technisch sehr gut, dem Sopran wäre noch etwas mehr Wärme und dem Baß mehr Fülle zu wünschen gewesen. Die Kantate „Seele geh nach Golgatha" für gemischten Chor, Solostimmen, Violine und Orgel von Regler wurde durch die Unzulänglichkeit der Solostimmen, namentlich der Altistin, ein wenig beeinträchtigt. Die Aufgabe war für diese zu groß. Ueber Herrn Hackstette als Orgelspieler viel zu sagen, erübrigt sich, seine Technik, seine glänzende Registerführung ist bekannt. In der „Orgelphantasie" in C-moll von Bach verstand er es, begreiflich zu machen, was Mendelssohn in bezug auf Bach sagt: „Das klingt am Schlusse, als sollte die Kirche zusammenstürzen. Das war ein furchtbarer Kantor!" Zu der Vortragsfolge schreibt er sehr lesenswerte Erläuterungen. Den gemeinschaftlichen Gesang am Schlusse des Konzertes sollte er fallen lassen. Man vermutet seelsorgerischen Uebereifer dahinter. Und der Erziehung zur Musik wird damit doch nicht gedient. H. H.

Gerichtliches.

Schwurgericht.

-e. Oldenburg, 31. März.

Die Verhandlung gegen den Matrosen Würminghausen wegen des Raubes in Barkel, die am Montag ausgesetzt wurde, wurde am Donnerstag abend um 6 Uhr zu Ende geführt. Der Zudrang zum Zuhörerraum war derart gewaltig, daß die Türen von einem Ordnungspolizisten bewacht werden mußten. Wie vorauszusehen war, ist der von dem Angeklagten vorgeschlagene Entlastungszeuge, der angeblich Schulz heißt und bei einer Frau Wilken in Hamburg, Brüderstraße 23, wohnen sollte, trotz aller Nachforschungen nicht aufgefunden worden. In dem bezeichneten Hause wohnt auch eine Frau Wilken nicht. Der Angeklagte ist der Meinung, Schulz müsse sich einen falschen Namen beigelegt haben. Er läßt dann eine Reihe weiterer Anträge stellen. Das Gericht unterstellt die darin behaupteten Tatsachen zum Teil als wahr, lehnt aber im übrigen die Anträge ab. Der Staatsanwalt malt ein düsteres Bild von den von großer Roheit zeugenden Vorgängen in Hinrichs Hause und hält es für ausgeschlossen, daß hier überhaupt von mildernden Umständen die Rede sein könne. Der Verteidiger hält für nicht unmöglich, daß der Angeklagte nicht an dem Raube beteiligt gewesen sei. Die Geschworenen sprechen ihn des gemeinschaftlichen schweren Raubes schuldig und W. wird dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend, da ihm mildernde Umstände versagt waren, zu 8 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt. — Als die Geschworenen sich zurückgezogen hatten, ereignete sich ein gänzlich unvorhergesehener Zwischenfall. Es war etwa 7½ Uhr, im Saal brannte noch keinerlei Licht, und da unten keine Fenster sind, war es schon recht dunkel. In dem Augenblick, als ein Polizist W. fesseln wollte, um ihn zunächst abzuführen, sprang der auf der Zeugenbank sitzende Raubgenosse Brüder auf W. los, um ihn zu verprügeln. W. schlug ihn, vermutlich mit den Fesseln an den Händen, derart auf den Kopf, daß er eine heftig blutende Wunde erhielt. Er mußte, da eine furchtbare Wut über ihn gekommen war, von mehreren Gendarmen gehalten und gefesselt werden.

•

8. Sitzung, Freitag den 31. März, vorm. 9 Uhr.

Körperletzung mit tödlichem Ausgange. Der bislang unbestrafte 30jährige Arbeiter Karl Möhlmann aus Kaisersiel fuhr am Sonntag den 10. Juli vorigen Jahres in einer Gesellschaft von 7 Personen mit einem Wagen nach Schortens. Nachdem dort zunächst bei Bekannten Kaffee getrunken worden war, ging die Gesellschaft um etwa 6 Uhr nach dem Lokale von Nordmann, wo getanzt wurde. Um 9 Uhr trat M. mit seiner Braut aus der Tür und geriet mit dem 21jährigen Arbeiter Heinrich Focken aus Gödens-Hammrich in einen Wortwechsel, weil er ihn geschubst oder auf den Fuß getreten haben sollte. Als die beiden eine kurze Strecke auf der Chaussee nach Schoost gegangen waren, kamen ihnen F., dessen Bruder und ein junger Mann, namens Mehl, schnellen Schrittes nach und griffen M. an. Dieser zog einen Dolch, um sich zu wehren, wurde aber fest umklammert und das Messer fiel zur Erde. Seine Angreifer warfen ihn gegen eine Hecke und liefen davon, weil sie sahen, daß auf die Meldung des Vorfalles im Saal durch das zurückgelaufene Mädchen Möhlmanns Freunde herbeieilten. Dieser befand sich in großer Wut, die um so begreiflicher erscheint, als er von F. mehrere Schläge erhalten hatte, und ihm die Nase heftig blutete. Er ergriff das am Boden liegende Dolchmesser wieder und eilte dem fliehenden F. nach, fortwährend schreiend: „Du Lump, ich kriege dich doch, tot sollst du!" F. lief auf den Hof des Tischlers Onnen. Zeugen hörten einen Schrei, und als sie hinkamen, lag F. am Boden. M., der im Kriege einen Kopfschuß erhalten hat, geberdete sich wie wahnsinnig und mußte zurückgehalten werden, weil er eine ihm eine Art Vorwurf machende Zeugin mit dem Messer bedrohte. Der Gestochene, dem eine große Blutader aufgeschlitzt war, starb nach kurzer Zeit. Dem Angeklagten wird von sämtlichen Zeugen, die dahin vernommen werden, das beste Zeugnis ausgestellt. — Es liegt auf der Hand, daß auch in diesem Falle hauptsächlich die Frage zu entscheiden war, ob M. sich in Notwehr oder auch nur in vermeintlicher Notwehr (sog. Putativ-Notwehr) befunden habe, was der Verteidiger, Rechtsanwalt Ehlermann, nachzuweisen suchte. — Die Geschworenen waren indessen, wenigstens in der Mehrheit anderer Ansicht, sprachen M. schuldig, billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Gefängnis. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis. Der 9 Monate in Untersuchungshaft sitzende Verurteilte wurde sofort auf freien Fuß gesetzt und ihm für den Rest Aufschub gewährt.

Schöffengericht Wilhelmshaven am 31. März 1922. Der Kantinenwirt H. in Rüstringen war des Zollvergehens angeklagt. Die Verhandlung wurde vertagt. — Wegen Widerstandes gegen Beamte der Schutzpolizei war der Matrose Heinrich B. in Rüstringen angeklagt. Der Oberwachtmeister W., der eine in Schutzhaft genommene Person nach der Wache bringen wollte, wurde von dem Angeklagten mit dem gezogenen Seitengewehr angegriffen. Er wird zu 1500 Mk., hilfsweise für je 50 Mark 1 Tag Gefängnis bestraft. — Der Grasviehhändler d. T., hier, hatte wegen Vergehens gegen das Viehhandelsgesetz einen Strafbefehl über 10 000 Mk., und weil das Kontrollbuch nicht ordnungsmäßig geführt war, 150 Mk. Strafe erhalten. Sein Einspruch wurde verworfen. — Ein Strafbefehl über 5000 Mark wegen desselben Vergehens war auch gegen den Schlachtermeister St. hier erlassen. Der eingelegte Einspruch wurde verworfen. — Wegen desselben Vergehens war auch gegen den Geschäftsführer C., hier, ein Strafbefehl über 1000 Mark erlassen. Auf den eingelegten Einspruch wurde die Strafe auf 300 Mark ermäßigt. — Der Koch Edmund v. O., zurzeit hier in Untersuchungshaft, hatte als Bursche des Ingenieurs Pfaff ein Paar Reitstiefel, Sporen und Reitpeitsche unterschlagen. Ferner hatte er Fräulein Sch. einen Militärmantel verschaffen wollen und ihr 70 Mark abgeschwindelt. Von dem Sattler W. hatte er einen blauen Anzug, den er nicht bezahlen konnte, gekauft. Wegen der Unterschlagung wird auf 9 Wochen und wegen des Betruges auf je zwei Monate, zusammengezogen auf 6 Monate Gefängnis erkannt. Zwei Monate werden auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. — Der Arbeiter S. in Rüstringen wurde von der Hehlerei freigesprochen. — Der Schlosser Hermann B. in Rüstringen war ohne Ausweiskarte auf der Werft betroffen worden. Gegen den erlassenen Strafbefehl hatte er Einspruch eingelegt. Die Strafe wurde von 100 auf 3 Mk. ermäßigt. — Wegen verbotener Einfuhr war der Schlosser Albert H. in Hamborn angeklagt. Zwei Flaschen Sprit waren von ihm eingeführt, ohne Erlaubnis zu haben. Dadurch wurde auch das fällige Freigeld von 5,40 Mark hinterzogen. Bestraft wird H. zu 100 Mk. für das erste Vergehen und für das letzte mit 50 Mk., aushilfsweise für je 50 Mark 1 Tag Gefängnis. — Verhandlungen gegen den Elektriker R. in Cloppenburg wegen Betruges, gegen den Leutnant O. wegen fahrlässiger Tötung und gegen den Fischhändler O. wurden vertagt. — Des Diebstahls waren der Schüler B. und der Tischlerlehrling B., beide von hier, angeklagt. Beide waren auf ein M.-Schiff gegangen, hatten dort Röhren und dgl. aus Messing abgebrochen, in einen Sack gesteckt und damit zu entkommen versuchen, wobei sie von einem Wächter betroffen wurden. Das Gericht erkennt für jeden Angeklagten auf einen Verweis; sie sind beide jugendlich, die Erkenntnis der Strafbarkeit ist bei beiden angenommen worden. — Die Matrosen M. und R. der ehemaligen 2. Matrosen-Division sollten einen Kleidersack mit verschiedenen Kleidungsstücken aus dem verschlossenen Keller gestohlen haben. Beide bestreiten den Diebstahl und werden freigesprochen.

Vermischtes.

Frühling in der Stadt. Der Frühling ist nun auch in die Stadt gezogen. Aber die Menschen achten seiner nicht groß. In den Vorgärten treiben Krokus und Schneeglöckchen. Die Baumkronen sind von dicken, glänzenden Knospen geknotet, und die Händlerinnen bieten kleine Veilchensträuße feil. Asphalt und Steinpflaster hauchen keinen herbfrischen Erdgeruch aus. Die Hausmauern liegen feuchtgeschwitzt. Ein blaues Stück Himmel wölbt sich über den Dächern. Die Spatzen balgen sich. Hunde jagen und beschnuppern sich. Hier und da führt ein besonders verwegenes junges Mädchen ihren neuen Strohhut spazieren. Und wie jetzt die Tage wachsen, so dehnen sich auch die Preise immer aufwärts, unabsehbar aufwärts.

Vor einem vorsintflutlichen Droschkengefährt zuckelt ein alter, müder Schimmel mit hängenden Ohren und knickrigen Beinen. Schritt für Schritt tappt das Tier. Hallend klacken seine Hufe auf dem Asphalt. Auf dem Bock sitzt ein weißhaariger Kutscher. Er scheint fest zu schlafen. Sein bartumkrauster Kopf ist ihm auf die Brust gesunken. Wohl ein halbes Jahrhundert, oder gar noch länger, mag er schon auf dem Kutschbock hocken. Er gehört zu seinem Gaul und sein Gaul zu ihm. Das Leben hat sie zusammengeschweißt, zusammengeschweißt durch Arbeit und Schuld — dasselbe Leben, das sie jetzt in ihren alten Tagen auf zehntel Radien gesetzt hat . . . Ach, wenn man so in die Tiefe gepreßt worden ist, merkt man nichts mehr vom Frühling!

Und dann sind ja noch junge Frauen, denen die Not die Gesichter gestempelt hat, denen aber doch ein warmer Glanz aus den Augen leuchtet. Das sind die Mütter, die zum erstenmal ihre im Winter geborenen Kinder hinaus auf die Straße tragen. Warm eingehüllt tragen sie ihre rosigen Erstgeborenen, daß kein rauher Lufthauch die Kleinen streife. Sie haben nur Augen für ihr junges Glück, das ihnen in den weichen, zärtlichen Armen ruht. Vom Grau und von der Eintönigkeit der Gasse, durch die sie schreiten, merken sie nichts.

Und als ich diese Frauen mit ihren Kindern in den ärmlichen Vorstadtstraßen sah, da war's mir, als ob der Frühling doch auch in diesem Jahre die Stadt nicht vergessen hätte . . .

Achtung, Vertrauensleute!

Auf die heute (Montag) abend 8 Uhr im „Werftspeisehause" stattfindende wichtige Vertrauensmänner-Versammlung wird nochmals hingewiesen. Es soll die

Frage der Maifeier

besprochen werden.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, für Aus Stadt und Land: Karl Schab. Verlag Paul Hug; Druck Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.

Werft- und Marinefragen im Reichstag.

IV.

In der **Plenarsitzung** des Reichstages am 15. März kam dann der Ausschußbericht im Plenum zur Sprache. Beim Haushalt der Marine erhielt als erster Redner der Abg. Hünlich das Wort. Abg. **Hünlich** führte aus: Meine Damen und Herren! Schon in der allgemeinen großen Debatte ist zum Ausdruck gekommen, daß der **Aufbau der neuen Reichsmarine** im großen und ganzen nach dem Gebot der Entente genau so wie bei der Reichswehr beendet ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich ganz unzweifelhaft ein Stück fleißiger Arbeit, die von den Herren geleistet worden ist, die sich loyal dem neuen Staatswesen zur Verfügung gestellt haben. Ich stehe nicht an, diesen Herren auch von dieser Stelle aus die **Anerkennung** dafür auszusprechen. Es hat aber nicht nur solche Leute in der Reichsmarine gegeben, sondern **leider Gottes auch andere**. Das waren solche, die man mit den Marinebrigaden zum großen Teil mitübernahm, und die sich leider nicht darüber klar waren, daß sie jetzt im Dienste des neuen Staatswesens, im Dienste der Republik stünden, und daß ihnen dieses Dienstverhältnis auch eine ganz bestimmte Pflicht der Zurückhaltung auferlegte. Sie haben versucht, die neue Reichsmarine zum Tummelplatz ihrer Ideen, die sie in den Freikorps gepflegt haben, zu machen, und haben da mehr als einen Akt der Sabotage der Verfassung versucht.

Ich will anerkennen, daß der Herr **Reichswehrminister** in allen Fällen, wo es notwendig erschien, durchgegriffen und **diese Leute entfernt** hat. Aber es war dabei doch gar so manches, was außerordentlich **starke Zweifel** aufkommen lassen mußte **an der Loyalität des Geistes**, der in der jungen Reichsmarine herrscht. Ich habe im Ausschuß eine Reihe von Einzelfällen vorgetragen und will das Plenum heute nicht noch einmal damit behelligen, sondern lediglich zum Ausdruck bringen, daß ich aus diesen Dingen den Schluß zog: bei der Reichsmarine kommt ein staats- und verfassungsfeindlicher Geist zum Ausdruck. Der Herr Reichswehrminister hat diese Bedenken und Befürchtungen nicht geteilt. Er glaubte demgegenüber vielmehr versichern zu können, daß es sich bei all den Dingen um bedauerliche Einzelerscheinungen gehandelt habe, gegen die er von Fall zu Fall mit entsprechender Strenge vorgegangen wäre. Insbesondere glaubte er voll die Verantwortung dafür übernehmen zu können, daß der in der Reichsmarine herrschende Geist allgemein keinen Grund zu den geäußerten Bedenken gäbe. Weder die Ereignisse, die wir beispielsweise auf Borkum erlebt haben, die ja jetzt auch ihre gerichtliche Sühne gefunden haben, noch auch manche anderen Vorkommnisse in der Reichsmarine ließen nach Meinung des Herrn Reichswehrministers den Schluß zu, daß dort ein verfassungs- und republikfeindlicher Geist herrscht.

Ich muß aber doch sagen, daß meine **Bedenken** trotz dieser beruhigenden Erklärungen nicht vollständig beseitigt sind. Dazu war manches, was ich aus allernächster Nähe zu beobachten Gelegenheit hatte, zu charakteristisch. Wenn ich diese Bedenken aber heute zurückstelle, dann deswegen, weil der Herr Reichswehrminister feierlich im Ausschuß und, ich glaube, wohl auch gestern hier im Plenum, versprochen hat, unnachsichtlich einzugreifen, wenn etwa verfassungsmäßige Einrichtungen erneut mißachtet oder verhöhnt würden oder die Pflege eines verfassungsfeindlichen Geistes sich zeige. Es besteht dann ja die **Hoffnung**, daß solche **Skandale**, wie wir sie **auf Borkum** erlebt haben, nicht mehr vorkommen werden, und es besteht weiter die Hoffnung, daß, wenn die gekennzeichneten staatsfeindlichen Elemente einen neuen Tanz wagen sollten, ihnen dann der Herr Minister nach seinem Versprechen nicht nur zum Tanze, sondern kräftig zum Kehraus aufspielen wird!

Weiter gebe ich in diesem Zusammenhang der Hoffnung Ausdruck, daß der Herr Reichswehrminister auch darauf achten wird, **daß diejenigen Angehörigen der Reichsmarine, die sich in der Stunde der Not und Gefahr, in den Märztagen des Jahres 1920, der verfassungsmäßigen Regierung loyal zur Verfügung gestellt haben, daraus nicht heute noch Nachteile haben, wie leider auch in mehr als einem Falle festgestellt werden konnte.** Durch die schon vorhin von mir erwähnte Uebernahme der Marinebrigaden ist in verschiedenen Fällen ganz offen der Versuch gemacht worden, nach und nach aus der Reichsmarine alle die Leute hinauszudrängen, die sich, wie gesagt, im Jahre 1920 der verfassungsmäßigen Reichsregierung zur Verfügung stellten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es darf sowohl in der Reichsmarine wie in der Oeffentlichkeit künftig kein Zweifel mehr darüber sein, daß solchen Versuchen mit aller Energie durch den Reichswehrminister entgegengetreten wird.

Ich möchte weiter sagen, daß auch sonst der Eindruck beseitigt werden muß, der heute im großen und ganzen leider besteht, wenn es sich um die Ahndung der verschiedensten Vergehen handelt, die auch nur entfernt in das politische Getriebe hineinschlagen. Da erleben wir nämlich die überraschende Tatsache, daß **die Kommandeure zwar nach rechts hin eine ganz außerordentliche Begriffsstutzigkeit und Duldsamkeit** zeigen, wenn aber von der anderen Seite sich auch nur das geringste ergibt, mit aller Schärfe und allem Nachdruck durchgegriffen wird. Es entsteht dann der Eindruck, daß auf der einen Seite sehr viel geduldet und gebilligt wird und auf der anderen Seite kurzerhand jeder hinausfliegt, der sich auch nur in bescheidener Weise gelegentlich einmal nicht so benimmt, wie das eigentlich notwendig wäre. Denn darüber müssen sich die für die Reichsmarine Verantwortlichen klar sein: wenn unsere junge Reichsmarine moralische Eroberungen im Volke machen, wenn sie insbesondere Vertrauen erwecken will, muß sie unbedingt dafür sorgen, daß Handlungen, die antirepublikanisch oder verfassungsfeindlich wirken, unbedingt unterbleiben, daß sie einen Geist pflegt, der streng unserer heutigen Reichsverfassung entspricht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Tut sie das Gegenteil, dann reißt sie **eine Kluft** auf zwischen sich und weitesten Kreisen des Volkes, die bald unüberbrückbar sein wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann wird es eines Tages in der Stunde der Not wieder zur gleichen Katastrophe kommen wie im November 1918. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es halten zwar heute sehr viele Leute den damaligen Zusammenbruch und alles, was damit zusammenhängt, für ein großes Unglück, daß sie aber daraus irgendwelche Schlußfolgerungen ziehen, ist nicht zu beobachten, sie haben vielmehr schon wieder alles vergessen und nichts hinzugelernt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte mich nun ein paar Einzelheiten zuwenden und komme zunächst mit ein paar Worten auf die **Frage des Marineersatzes**. Ich hätte gern von der Marineleitung gehört, wie sich heute die Werbung des Marineersatzes vollzieht. Insbesondere möchte ich wissen, wie das nötige **Personal mit technischen Vorkenntnissen** gewonnen wird, wie wir es ja gerade in der Marine für die fahrenden Verbände notwendig haben. Es ist mir zu Ohren gekommen, daß der Ersatz heute wesentlich schwieriger sein soll, daß insbesondere die Gewinnung von Handwerkern, Schlossern, Mechanikern, Maschinenbauern und dergleichen fast gar nicht mehr gelingt und daß man deshalb schon dazu übergegangen ist, ehemalige Armeeunteroffiziere in Werkstätten zu schicken, um sie in technischen Handgriffen ausbilden zu lassen. Ich glaube nicht, daß ein solcher Versuch zum Ziele führen kann; denn es ist doch ganz zweifellos etwas anderes, ob heute jemand in einer drei- oder vierjährigen Lehrzeit Schlosser, Maschinenbauer oder Mechaniker geworden ist, oder ob er nur in einem kurzen Ausbildungsgang in irgendeiner Werkstätte von diesen berufsmäßigen Wissenschaften etwas beigebracht bekommt. Ich würde es jedenfalls ganz außerordentlich bedauern, wenn es nicht mehr gelingen sollte, den notwendigen technischen Ersatz für die Marine heranzuziehen, den man unbedingt für einen ordentlichen Marinebetrieb gebraucht. Ich kann nicht ohne weiteres einsehen, daß heute irgendwelche Gründe vorliegen sollen, die es schwerer machen, diesen Ersatz zu bekommen. Wenn aber wirklich die heute allgemein geltenden Bedingungen für die Gewinnung solcher Leute nicht genügen sollen, müßte man sich allen Ernstes darüber unterhalten, ob man sie nicht abzuändern hätte, um diesen Mißstand zu beseitigen.

Landesbibliothek Oldenburg